

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 37

ersch. am Sonntag, 3. Ausgabe vierteljährlich
1,50 M., ohne Post-Belegabg. Mar. Postverbr.
Vertrauens- bei allen Postämtern. Geschäftsstelle
Berlin C. 2, Dreifache 8.9 IV. Fernruf: Zentrum 272

Berlin, den 10. September 1922

Anzeigenpreis: Die 6-spaltige Kolonietzelle 3 Mark;
für Verbandsmitglieder 2 Mark; Stellenangebote
2 Mark; Verammlungsanzeigen usw. 1 Mark.
•• Der Anzeigenpreis ist vorher zu entrichten ••

38. Jahrgang

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Pünktliche Beitragsleistung. Vom 1. Oktober ab kommen neue Quittungsmarken mit bedeutend erhöhten Beitragssätzen zur Einführung. Um den mit der Führung der Kassengeschäfte betrauten Funktionären die Arbeit unlicht zu erleichtern, richten wir hiermit an alle Mitglieder die dringende Mahnung, die Beiträge regelmäßig und pünktlich an die zuständigen Stellen abzuliefern. Spätestens bis zum 26. September sollten alle Mitglieder die Beiträge bis einschließlich der 39. Woche entrichtet haben, wobei noch besonders zu beachten ist, daß in der Abrechnung für das 3. Quartal, einschließlich der ausgeschriebenen vier Extrabeiträge, für jedes Mitglied 17 Wochenbeiträge nachzuweisen und zu verrechnen sind.

Die Vertrauensleute, Unter- und Werkstattassistenten müssen spätestens bis zum 30. September mit den alten Beitragsmarken abrechnen und die neuen Marken in Empfang nehmen.

Die Orts- und Gauverwaltungen sind verpflichtet, darauf zu achten, daß die Unterkassierer, Werkstattvertrauensleute usw. die einlassierten Beitragsgelder in den kürzesten Zwischenräumen, die keineswegs länger als 14 Tage sein dürfen, an die Zahlstellen- und Kassassistenten abliefern. Für etwaige Verluste, die infolge unpünktlicher Ablieferung einlassierter Beitragsgelder oder fehlender Beitragsmarken entstehen, sind ausnahmslos die Zahlstellen der Verbandskasse gegenüber haftbar.

2. Einzahlung der Verbandsgelder. Es werden immer noch in sehr vielen Zahlstellen ganz außerordentlich hohe Geldbestände am Orte zurückgehalten. Da an die Verbandskasse zurzeit sehr hohe Ansprüche gestellt werden, ist es unbedingt erforderlich, alle überschüssigen Verbandsgelder sofort, spätestens aber vor Ende jedes Monats an die Verbandskasse einzusenden.

Die örtlichen Bevollmächtigten und insbesondere auch die Revisoren sind verpflichtet, dafür besorgt zu sein, daß größere Geldbestände nicht unbenützt am Ort zurückgehalten, sondern regelmäßig jeden Monat an die Verbandskasse abgeführt werden. Für eventuell eintretende Verluste sind die Zahlstellen der Verbandskasse gegenüber mit ihrem gesamten Lokalvermögen haftbar.

3. Wahl eines Angestellten für Dresden. In Verfolg unserer Ausschreibungen in Nummer 24 und 28 der „Buchbinder-Zeitung“ teilen wir mit, daß durch in Dresden vorgenommene Urwahl der

Kollege Otto Brüning in Hamburg zum Angestellten in der Zahlstelle Dresden gewählt ist.

Den übrigen Bewerbern danken wir für ihre Bewerbungen und bitten sie, diese hierdurch als erledigt zu betrachten.

4. Tagung des Beirats. Zur Beratung von Beitrags- und Unterstützungsfragen ist eine Sitzung des Beirats auf den 15. und 16. September nach Leipzig einberufen. Entsprechende Mitteilung und eine Vorlage des Vorstandes ist den Mitgliedern des Beirats bereits zugefandt.

5. Der neue Hauptvertrag zum Reichstafel für Buchbinder, der vom 1. September ab in Kraft getreten ist, ist im Druck erschienen und in diesen Tagen allen Gau- und Ortsverwaltungen in je einigen Exemplaren zugefandt.

Wenn die Sendung bis zum 11. d. M. irgendwo nicht eingegangen ist, bitten wir um Nachricht.

6. Die Lokalbeiträge sind in folgenden Orten neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt. Sie betragen nunmehr wöchentlich in

	Beitragsklasse				
	1	2	3	4	5
Darmstadt	400	400	400	600	600
Mülheim (Ruhr)	50	50	50	200	200
Berndorf i. Sa.	200	200	200	300	300

7. Ausgeschlossen auf Grund des § 15b des Statuts sind in Frankfurt a. M. der Maschineneinrichter Christian Reif, geb. am 31. Dezember 1884 in Hedderheim, eingetret. 17. November 1918 (B.-Nr. 144 992) und der Buchbinder Lorenz Gunkel, geb. am 12. September 1887 in Finkenraih, eingetret. 15. August 1921 (B.-Nr. 230 275).

Der Verbandsvorstand.

Unsere Internationale.

Die 5. Internationale Konferenz der Buchbinderverbände findet unter keinem gerade günstigen Stern statt. Im Ausland herrscht a) lenthaltende große Arbeitslosigkeit, im Inland kann davon infolge des Tiefstandes unseres Marktes zurzeit noch keine Rede sein. Dagegen ist trotzdem im Ausland die Existenzmöglichkeit der Arbeiterschaft eine ungleich bessere. Da läßt sich wohl denken, daß die Beurteilung der Wirtschaftslage von den Vertretern der verschiedenen Nationen recht unterschiedlich sein muß und die Auswirkungen dieser Gesänge könnten — wenn es sich nicht um Beschlüsse rü d e r l i c h e r Verbände handeln würde — von recht unheilvollen Wirkungen sein. Die Vorgänge am internationalen politischen Himmel zeigen das recht deutlich. Nachdem aber schon die 4. Internationale Konferenz in Bern (1919) bewiesen hat, daß in unserer beruflichen Internationale trotz der damals kaum beendeten staatlichen Feindseligkeiten der denkbar beste kameradschaftliche Geist herrscht, kann man erwarten, daß die Verhandlungen der jetzigen Konferenz zu ihrem Teil zur Behebung so mancher Schwierigkeiten beitragen werden.

Die Gesamtinternationale der Gewerkschaften stellt mit ihren etwa 24 Millionen Anhängern eine Weltmacht dar. Deren Bedeutung liegt nicht nur in ihrem geistigen Wesen, sondern auch in ihrem tatsächlichen Handeln, das sich seit der Beendigung des Krieges grundtätig gewandelt hat. In der Vorkriegszeit waren die internationalen Organisationen der Gewerkschaften, die internationalen beruflichen Verbände viel mehr lose Vereinigungen, als das heute der Fall ist. Jetzt ist ihre internationale Zusammenfassung in viel festerer Form erfolgt, eine Erscheinung, die vor allem beim Internationalen Gewerkschaftsbund zu erkennen ist. Die großen Aufgaben, die diesem jetzt gestellt sind, werden sowohl vom Internationalen Gewerkschaftsbund als auch von den internationalen Berufsvereinigungen tatkräftig aufgenommen. Der Internationale Gewerkschaftsbund organisiert den Kampf gegen Horthy-Ungarn, gegen die Waffen- und Munitionstransporte an Polen. Die

internationalen Verbindungen der Berg- und Verkehrsarbeiter beschließen den Weltstreit im Falle eines neuen Krieges und setzen die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft an die Spitze ihres sozialpolitischen Programms, gleich wie die internationale Transportarbeiterföderation die Sozialisierung und Internationalisierung der Eisenbahn als erste Forderung aufstellte. Ganz abgesehen von den vielen Fragen sozialpolitischer und wirtschaftspolitischer, aber auch staatspolitischer Natur, die von der gewerkschaftlichen Internationale der Arbeiterschaft ins Rollen gebracht wurden. Alle großen und brennenden Fragen haben bei ihr eine besondere Rolle gespielt — und stets haben bei ihren Vertretern die Interessen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft bei der Lösung aller Probleme im Vordergrund gestanden. Nichts vermag besser den Geist der gewerkschaftlichen internationalen Vereinigungen aufzuzeigen als die Beachtung dieser Tatsachen. Im Kampfe um unmittelbare Ziele ist hier — trotz dauernder Anfeindung von Seiten, die sich ebenfalls zur Arbeiterschaft zählen — manch unendlich Wertvolles für die Arbeiterschaft geleistet worden.

Unter dem Widersinn der heutigen Weltwirtschaft mit allen deren für die Lebenshaltung der Arbeiterklasse so nachteiligen Begleiterscheinungen leidet die Gewerkschaftsbewegung härter, als jede andere Bewegung. Die Probleme, die aus dem gegenwärtigen Zustand der Wirtschaft in allen Ländern entstehen, rücken der wirtschaftlichen Bewegung der Arbeiterschaft unmittelbar auf den Leib. Sie dürfen hier keinen Zwist, sondern fordern zum Handeln heraus. Die Gewerkschaftsbewegung bedarf darum der gegenseitigen Hilfe. Da sollte kein Raum, keine Ursache bleiben zu Streit und Anfeindungen, sondern hier soll sich das sittliche Gefühl der hemmungslosen Solidarität restlos umfassen in organisierte Energie und Selbsthilfe. Diese Einmütigkeit der Gewerkschaften ist gegenwärtig wichtiger denn je. In allen Ländern erhalten die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterschaft Riesenausmaße. Überall unternimmt das Kapital einen gut vorbereiteten Ansturm gegen die Arbeiterklasse und ihre Organisationen, und die Tendenz der Bestrebungen der Ausbeuter ist in allen Ländern in gleicher Weise darauf gerichtet, die Produktionskosten zu verbilligen auf Kosten der Löhne und der Arbeitszeit. In den Ländern mit einer starken Valuta, so vornehmlich in England, Amerika und in den nordischen Staaten, hat dieses Vorgehen den Zweck, die fürchtbare Konkurrenz der Staaten mit schlechtem Geldstand auf dem Weltmarkt besser parieren zu können. Das deutsche Unternehmertum aber, das infolge des ständigen Sinkens des Wertes der Mark bisher für jede Ware zu jedem Preise Absatz fand, bereitet sich vor auf die gefürchtete Wendung der Dinge, die kommen muß, wenn die Preise der deutschen Waren die Höhe der Weltmarktpreise erreicht haben werden. Dann tritt das Ende der Valutakonjunktur ein und dadurch würden die deutschen Schwerverdiener erhebliche Einbuße an ihren Profitten erleiden, wenn es ihnen nicht gelänge, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern und das notwendige Opfer dadurch zu sich auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. Der internationalen Gewerkschaftsbewegung werden dadurch wieder neue Aufgaben gestellt. Erstens muß sie die Rüstung der nationalen Bewegungen zum Kampfe gegen das Unternehmertum und die extreme Reaktion stärken helfen. Ferner aber muß sie bestrebt sein, den Einfluß der Arbeiterklasse auf die Regierungen zum Zwecke der Verstärkung der

sozialen Tendenzen in ihnen zu vermehren. Das Interesse der Gewerkschaften bedingt es, daß hier keine Fesseln bestehen — außer denen, die durch tatsächliche Klugheit und klare Erkenntnis der Dinge bedingt werden —, daß hier volle Freiheit der Entscheidung auf Grund sorgfältiger Prüfung der Lage gegeben ist. Die internationale Gewerkschaftsbewegung kann daher eher als die internationale politische Bewegung alle umfassen, die redlichen Willens sind, im Rahmen dieser Aufgaben der Gewerkschaften mitzuarbeiten.

Unsere berufliche Internationale ist ein vortreffliches Glied der Gesamtinternationale unserer Gewerkschaften, wenn sie auch — differenziell gesehen — zu den kleineren der internationalen Verbindungen zählt. Was ihr heute noch fehlt, das ist die reifere Erfassung aller Organisationen des Gewerbes der alten und neuen Welt. Mögen die Beschlüsse der jetzigen 5. Konferenz dazu beitragen, die noch fehlenden in den Kreis derer zu bannen, die nun schon seit Jahrzehnten an einem südenlosen Zusammenschluß aller Organisationen der Buchbinder und verwandten Berufe arbeiten und damit — neben der inneren Kräftigung und Festigung unserer beruflichen Internationale — auch nach außen hin den Arbeiten ein voller Erfolg beschieden sein. In diesem Sinne begrüßen wir die Konferenz auf heimischem Boden und heißen die Vertreter unserer Bruderverbände herzlich willkommen.

Mitgliederstand der Buchbinderverbände.

	Mitgliederstand am Schluß 1921		
	männlich	weiblich	auf
Belgien	1 300	1 300	2 600
Dänemark	900	1 000	2 800
Deutschland	25 100	62 000	87 900
England (1920)	10 000	14 000	24 000
Holland	2 100	400	2 500
Italien	27 100	9 100	88 200
Jugoslawien	500	200	700
Norwegen	400	700	1 100
Österreich	1 800	4 200	6 000
Schweden	1 100	2 000	3 100
Schweiz	800	500	1 300
Tschechoslowakei: Prag	900	1 700	2 600
Weidenberg	800	500	800
Ungarn	900	2 200	3 100

14 Organisationen: 73 200 101 500 174 700

Was wird aus unserer Entlohnung?

Dem deutschen Volke ergeht es jetzt ähnlich wie es vor dem in Rußland und Österreichern ergangen ist. Es kämpft mit der letzten Anspannung aller Kräfte gegen ein furchtbares Geschick. Die Entwertung der Mark und dementsprechend die Preissteigerungen an den Warenmärkten schreiten so rasch vorwärts, daß es ganz unmöglich ist, die Einkommensverhältnisse auch nur annähernd den Kosten der Lebenshaltung mit der erforderlichen Schnelligkeit anzupassen. Die natürliche Folge ist ein dauerndes Hinabgleiten der gesamten Bevölkerung in Elend und Not, und weite Schichten des Volkes drohen in jene Vethargie zu verfallen, die charakteristisch ist für die seelische Verfassung des größten Teiles der Bevölkerung in Rußland und Österreich. Der einzelne fühlt sich machtlos und von aller Welt verlassen. Die Gefahr folgenswerter Verzweiflungszustände ist gegeben. Man sucht in diesem Strudel des wirtschaftlichen Verfalls und der Verelendung nach festen Punkten. Noch nie haben die breiten Volksschichten den Wert der Gewerkschaften, Konsumvereine und sonstigen Organisationen so empfunden wie in dieser kritischen Zeit. Nur im Zusammenschluß liegt die Rettung. Das spürt und fühlt heute so mancher, der sonst den Arbeiterorganisationen gleichgültig gegenüberstand.

Unsere in der letzten Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ ausgesprochene Erwartung, daß unsere Unternehmer die Not der Arbeiterschaft erkennen werden, hat sich nur zu einem kleinen Teil erfüllt. Der Arbeitgeberverband der Eis- und Kartonnagen-Industrie hat seine Zustimmung gegeben, daß die ab 1. September in Kraft tretenden Zulagen schon ab 25. August gezahlt werden. Das dürfte in der Zwischenzeit überall geschehen sein. Neue Verhandlungen mit ihnen finden bereits am 6. September in Leipzig statt.

Auf einen anderen Standpunkt stellte sich der Arbeitgeberverband der Papierverarbeitenden Industrie. Dieser teilte auf eine entsprechende Forderung mit, daß „eine einheitliche Eteilungnahme der am Reichstarifvertrag für das deutsche Buchbindergewerbe beteiligten Arbeitgeberverbände nicht zu erzielen war und daß darum eine Zustimmung zu einer Vordatierung der Septemberzulage nicht gegeben werden könne“. In bezug auf die Forderung auf Vorverlegung der neuen Lohnverhandlungen und Festsetzung neuer Löhne ab 4. September teilt er nur kurz mit, daß „dieser Antrag an die beteiligten Firmen und Verbände weitergegeben sei. In bezug auf den Anfangstermin eventuell neuer Lohnverhandlungen müssen wir uns freie Hand vorbehalten, da hierfür allein das Verhandlungsergebnis maßgebend sein kann“.

Kurz vor Redaktionschluß erhalten wir die Mitteilung, daß neue Verhandlungen mit den „Api“-Verbänden am 11. September in Weimar stattfinden werden. Diese Vordatierung der Verhandlungen veranlaßt uns, der Erwartung Ausdruck zu geben, daß auch die „Api“-Verbände nicht wie Schloß auf ihrem Schloß bestehen, sondern daß sie sich den ehernen Tatsachen anpassen werden, die eine andere Regelung der Lohnfrage, als wie beantragt, gar nicht zulassen. Die stillige Pflicht zwingt in diesem Fall das geschriebene Recht.

Sind unsere Beiträge zeitgemäß?

Unsere Gewerkschaften kampffähig zu erhalten, ist eine Aufgabe, an der auch im tollsten Wirbel des derzeitigen wirtschaftlichen Durcheinanders jedes einzelne Gewerkschaftsmitglied zu seinem Teil mitarbeiten muß. Im Interesse eines jeden einzelnen liegt es, seine Organisation so auszubauen und so zu stärken, daß er sich auch in den Stunden allergrößter Gefahr auf sie stützen kann. Unsere Gewerkschaften sind durch den Kampf und für den Kampf geborene Einrichtungen. Sie waren von jeher bestimmt, die Existenz und die Rechte der arbeitenden Klasse gegen Staatsgewalt und Unternehmertum zu verteidigen. Trotz mancher Fehlschläge sind sie im wirtschaftlichen Kampfe ein Machtfaktor geworden, der infolge seiner Millionen Anhänger sowohl vom Unternehmertum als auch vom Staat stets mit in Rechnung gezogen werden muß. Nur derjenige, welcher die Entwicklung der Gewerkschaften und die dabei überwundenen Hindernisse vor und nach dem Sozialistengesetz, ihre Kämpfe und Errungenschaften auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete näher kennt oder versucht, sie kennen zu lernen, wer weiter begreift, daß die heutige Stellung der Arbeiter nur möglich im Staatswesen ist durch die Erziehung der Arbeiter innerhalb der Gewerkschaften zu Kämpfern, kann den wirklichen Kampfscharakter der Gewerkschaften erfassen. An diesem ausgesprochenen Charakter der Gewerkschaften ändert auch die Tatsache nichts, daß diese sich Einrichtungen geschaffen haben, die in den Augen manchen Mitgliedes nichts zu tun haben sollen mit diesem Kampfscharakter. Vor allem sind es die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften, die immer wieder dabei in den Vordergrund geschoben werden und das, obwohl fast keine gewerkschaftliche Tagung vergeht, auf der nicht ein Ausbau gerade dieser Unterstützungseinrichtungen bewirkt wird, und zwar als Mittel zu dem Zweck, die Kampfkraft der Organisation zu stärken und ihr ein festes Rückgrat zu geben. Durch die Unterstützungseinrichtungen sollen Bankelmütige an die Organisation gefesselt, der Zusammenschluß selbst fester gestaltet und so die Schlagkraft der Organisation gesteigert werden.

Aber auch in den Unterstützungen selbst liegt ein Teil von jenem Geist, der unsere Organisationen zu Kampfgebilden stempelt. Weshalb zahlt man Unterstützung bei Arbeitslosigkeit? Doch lediglich deshalb, um die Widerstandskraft des einzelnen zu stärken insofern, daß ihn nicht die nackte Not zwingt, seine Arbeitskraft zu jedem Bettelohn zu verkaufen. Der völlig ausgehungerte Arbeiter, der absolut nichts mehr sein eigen nennt, wird viel leichter geneigt sein, als Lohnbrüder oder Streikbrecher aufzutreten, als jener, der sich immer noch mit Hilfe der Gewerkschaftsunterstützung notdürftig durchzuhungern weiß. Wenn auch der Staat gleichfalls Arbeitslosenunterstützung zahlt gegen den Willen der Unternehmer, so ist doch festzustellen, daß diese völlig ungenügend ist und bleiben wird. Die Ansicht, daß der Staat den Arbeitslosen zu helfen hat, ist richtig; aber mit der Phrase

allein ist kein Mensch satt zu machen, und selbst vorausgesetzt, daß der Staat die Reichsarbetslosenunterstützung auch in Zukunft gewährt, so wird doch, da sie naturgemäß immer unzulänglich bleiben wird, der Zuschuß durch die Gewerkschaft von jedem in Not Geratenen begrüßt werden. Deshalb fördert die Arbeitslosenunterstützung die Widerstands- und Kampfkraft des einzelnen und sie stellt damit ein wichtiges Mittel dar, um die Kampfkraft der Gewerkschaften überhaupt zu stärken.

Ähnlich liegt es bei der Unmützungsunterstützung. Diese unterstützt das Recht der Freizügigkeit des Arbeiters in wirkungsvoller Weise und er kommt durch deren Bezug nicht so leicht in die Verlegenheit, an der Scholle festzuleben und billiger arbeiten zu müssen. Sie schafft dem einzelnen bessere Bewegungsfreiheit und verhindert damit durch Not erzeugte Lohnbrüdererei.

Bei der Krankenunterstützung mag es etwas anders liegen. Der Kranke ist während der Krankheitsdauer vom Arbeitsmarkt abgehoben, er kommt zunächst hierfür als einwirkender Faktor nicht in Betracht. Aber bedarf nicht gerade der Kranke (vor allem angesichts der unzulänglichen Krankenunterstützung durch Orts- oder andere Krankenkassen) erhöhter Unterstützung und größerer Pflege als der Gesunde? Wird sich nicht jeder in gesunden Tagen dankbar jener Krankheitszeit erinnern, als ihm die Gewerkschaft helfend beistand und dadurch seine Lebenszeit linderte und abkürzte half? Und wird nicht deshalb jeder um so freudiger und fester der Gewerkschaft anhängen und deren Ziel stützen und kommt dies nicht wiederum der Stärkung des Kampfscharakters der Gewerkschaft zugute? Selbst die hinterbliebenen unterstützen enthält ein werbendes Moment: Sie weist die Hinterbliebenen zeitig auf den Nutzen des Verbandes hin, gibt vielfach mit den Anstoß zum baldigen Anschluß an die Gewerkschaft und fördert damit wiederum die Kampfkraft der Organisation.

Und ist es mit der Invalidenunterstützung anders? Liegt nicht gerade in dieser ein ganz außerordentliches agitatorisches Moment, indem sie unsere Kollegen — und durch die Beschlüsse des letzten Verbandstages auch die interessierten Kolleginnen — schon frühzeitig an die Organisation fesselt und die allgemeine als so überaus schädlich erkannte Fluktuation steuert? Hat sich nicht im Laufe der Jahre gerade diese Unterstützung als eines der besten Mittel mit erwiesen, unseren Organisationsstand zu halten? Und nach wie vor bleibt es richtig, was die erordentliche Mehrheit unserer Mitglieder erkannt hat, nämlich daß wir jedes Mittel anwenden müssen, um unsere Organisation auf möglichst breite Grundlage zu stellen ausgehend von der richtigen Erkenntnis, daß bei Vergrößerung der Mitgliedschaft sich die Kampfsamkeit und Schlagfertigkeit der Gewerkschaft hebt. Und wir müssen alles tun, um die Kampf- und Widerstandskraft des einzelnen zu stärken zugunsten der Kampfkraft des Ganzen und dies geschieht mit durch den Ausbau unserer Unterstützungseinrichtungen. Dadurch kommen wir dazu, daß unsere Organisation nicht nur mit Worten, sondern durch die Tat ihre verbesserte Kampfsamkeit bekämpft.

Dazu ist allerdings notwendig, daß auch jedes Mitglied zu seinem Teil mit beiträgt, unsern Verband die Möglichkeit zu geben, seine Tätigkeit nach jeder Seite hin voll erfüllen zu können. Zwei Dinge sind es, die da gefordert werden müssen. Einmal die regste Agitation durch alle, die reifere Erfassung aller Berufsangehörigen. Wir stehen kurz vor der Tatsache, hunderttausend Mitglieder in unseren Reihen zu zählen. Das ist ein Stand, den viele sich nicht haben träumen lassen. Und doch genügt er noch nicht, solange noch weitere Tausende abseits stehen. Auch diese noch in unsere Reihen zu bringen ist Pflicht jedes einzelnen.

Und zum andern ist notwendig, daß jeder einzelne sich die materielle Stärkung unseres Verbandes angelegen sein läßt. Der letzte Verbandstag hat beschlossen, daß die Stundenlohnhöhe richtunggebend sein soll für unsere Beitragsleistung. Wie weit wir heute noch davon entfernt sind, weiß jedes unserer Mitglieder. Neben der Selbstentwertung, die auch das materielle Rüstzeug unseres Verbandes so außerordentlich ungünstig beeinflusst, steht die Notwendigkeit, die Mittel des Verbandes zur Führung wirtschaftlicher Kämpfe so zu stärken, daß dieser allen Eventualitäten gegenüber gewappnet ist. Hierzu ist in der jetzigen verworrenen wirtschaftlichen Situation auch die Notwendigkeit zu zählen, Vorsorge zu treffen, um

dem aufziehenden Konjunkturrückgang nach jeder Seite hin begegnen zu können. So wie die Organisation dann die Gesamtheit ihrer Mitglieder schützen soll beim Verlust der Arbeitskraft, so soll sie auch den einzelnen Schützen gegen die dann in höherem Maße als heute ankommenden Wechselfälle des Lebens. Das mag sich jeder vor Augen halten und sich darum mit der Tatsache abfinden, daß sein persönliches Opfer an die Organisation ein ungleich größeres werden muß als heute, weil auch die Anforderungen an den Verband ins Ungemessene anschwellen werden.

Unsere Beitragshöhe ist durchaus rückständig, sie muß einer grundlegenden Neuorientierung unterzogen werden unter Beachtung der Beschlüsse des Verbandstags. Daß daneben auch die Leistungen der Organisation in etwas den veränderten Verhältnissen angepaßt werden müssen, dürfte jedem nach dem oben dargelegten ebenso klar sein. Darum wird sich unser Verbandsbeirat in seiner Tagung vom 15. September ab mit allen diesen Fragen beschäftigen und er wird nicht anders können, als unsere Organisation so fest auf die Füße zu stellen, wie das in der jetzigen Zeit notwendig ist. Unsere Mitglieder werden das verstehen und gutheißen, denn es gilt, die Kampfkraft unseres Verbandes nach allen Seiten hin zu stärken.

„Trotz alledem.“

Der Ruf nach dem „Graphischen Industrieverband“ ist ein sehr alter. Seinen Ursprung hat er in der Hauptsache in den Mitgliedervereinen der beteiligten Verbände, die den engeren Zusammenschluß erstreben, da sie annehmen, daß eine geschlossene Organisation der Papierarbeiter ungleich mehr im Interesse der Mitglieder stehen kann, als es durch das Getrenntmarschieren und Getrenntschlagen der vier Organisationen möglich ist. Daneben spielen auch Gründe der Sparlichkeit und des hausväterischen Wirtschaftens der vier Organisationen eine gewisse Rolle mit. Als der „Graphische Bund“ ins Leben gerufen wurde, begrüßte man das als einen ersten Schritt zum Zusammenschluß, erwartete jedoch, daß an diesem nun etwas beschleunigt gearbeitet werde. Ueber das Zusammenarbeiten im „Graphischen Bund“ soll an dieser Stelle nichts gesagt sein. Unter Beachtung aller Schwierigkeiten organisatorischer und anderer Art war es immer ein gutes.

Nunmehr haben sich die Verbandstage dreier der angeführten Organisationen mit dem zu bildenden „Graphischen Industrieverband“ befaßt. Die hierzu gefassten Beschlüsse sind unseren Mitgliedern bekannt. Der Verbandstag der Buchdrucker stimmte der gleichen Resolution zu, die schon vorher unser Verbandstag beschlossen hatte. Die Steinbrücker fassten einen Beschluß, der in seiner Auswirkung noch darüber hinausging. So weit, so gut, und der Stand der Sache mochte leidlich scheinen. Da konnte ruhig abgesehen werden von mancherlei Einwendungen gegen den „Graphischen Industrieverband“, zumal man in diesen Einwendungen gemeinhin nur Mahnungen zur Vorsicht sehen zu müssen glaubte.

Anders steht die Sache heute. Schon auf dem Leipziger Gewerkschaftskongress war es geradezu frapierend, zu hören, wie der 2. Vorsitzende des Bundesvorstandes, der ehemalige 2. Vorsitzende des Buchdruckerverbandes, Grafmann, den „Graphischen Industrieverband“ und die Befürworter desselben bewertete. In der gerade in jener Stunde herrschenden Unruhe auf dem Kongress dürften seine Ausführungen manchem nicht recht verständlich gewesen sein. Grafmann sagte dort unter anderem:

„Im graphischen Gewerbe haben wir die Tatsache, daß bereits ein graphisches Kartell geschaffen ist mit einem besonderen Sekretär und einer eigenen Zeitung, daß die Verbände sich gegenseitig über ihre Bewegungen unterrichten und sich bei ihren Tarifverhandlungen mit Erfolg wechselseitig unterstützen. Aber über diesen Zustand hinaus will mit Ausnahme einer einzigen Organisation keine der drei anderen im graphischen Gewerbe gehen. . . . Es wird ferner hingewiesen auf die unterschiedliche Struktur der einzelnen Organisationen. Wir haben Berufe, in denen fast keine Frauen beschäftigt sind und deren Berufsverbände auch keine weiblichen Mitglieder haben, so z. B. zwei Berufe im graphischen Gewerbe. Dort besteht die Befürchtung, daß beim Aufgehen in der größeren Organisation das weibliche Element in den eigentlichen Beruf eindringen und lohnbrückend wirken wird. . . . Es trifft nicht zu, daß das Widerstreben einzelner Kollegen gegen die Betriebsorganisation auf den Berufsdünkel zurückzuführen sei. In den Berufsorganisationen besteht neben dem sehr stark ausgeprägten Begriff der

Solidarität, der oft durch eine stets bereit offene Hand betundet worden ist, auch noch eine besondere Solidarität, aufgebaut auf dem Beruf, der eine besondere seelische Antriebskraft darstellt. Diesen aus dem Berufscharakter, der Berufseigenschaft und -tradition aufgebauten besonderen Korpsgeist kann man mit dem Schlagwort „Berufsdünkel“ nicht einfach abtun, da ihn der landläufige Begriff der Klassenolidarität nicht voll ersetzen kann. . . .“

Wenn man auch anzunehmen geneigt war, daß diese Ausführungen, soweit sie das Graphische Gewerbe betreffen, in gutem Glauben gemacht wurden, so steht doch fest, daß sie die Sachlage nicht richtig wiedergeben. Aber wenn man das Arbeiten im Graphischen Bund genauer ansieht, muß man zu der Erkenntnis kommen, daß nicht nur eine Organisation (womit zweifellos unser Verband gemeint war) über den bestehenden Zustand hinausschaut, sondern daß alle vier der beteiligten Verbände diesem Ziel zusteuern. Andernfalls wäre ja auch die Anerkennung der Satzungen des „Graphischen Bundes“ kaum ehrlich gemeint. Und darum führte man die Ausführungen Grafmanns auf die Tatsache zurück, daß er seit Jahren schon aus dem Vorstand der Buchdrucker-gewerkschaft ausgeschieden ist und darum die Dinge nicht mehr richtig kennt, wie sie im „Graphischen Bund“ stehen.

Diese Ausführungen Grafmanns aber haben durch die Stellungnahme einer anderen Körperschaft im Buchdruckerverband jetzt besondere Bedeutung erhalten, so daß man annehmen muß, sie sind nicht ganz so aus Unkenntnis der Verhältnisse gesprochen worden, wie es erst den Anschein hatte. Der „Korrespondent“ hat sich in der Zwischenzeit in einem Rückblick auf die Generalversammlung der Buchdrucker auch mit der Frage des „Graphischen Industrieverbandes“ beschäftigt und zwar in einer sehr herabwürdigenden Art, daß dies nicht ohne Protest bleiben kann. Ursprünglich lag bei uns die Absicht vor, diese Angelegenheit erst Gegenstand einer Besprechung im „Graphischen Bund“ werden zu lassen, ehe wir in aller Öffentlichkeit die Unterstellungen des „Korrespondent“ zurückwiesen. Die Unmöglichkeit aber, in der allernächsten Zeit dazu Gelegenheit zu finden, zwingt uns, jetzt einiges zu sagen. Das Verhalten unseres Verbandes in der Frage des „Graphischen Industrieverbandes“ bezeichnet der „Korrespondent“ als „auffälliges Drängen der Buchbinder“. Und er wiederholt jene Äußerung nur, wenn auch mit anderen Worten, indem er sagt, daß „die Verbände der Buchbinder und Lithographen aus naheliegenden Gründen einen Vorteil für ihre Organisation darin erblicken, wenn auch unser Verband ihren Interessen nach Möglichkeit dienlich gemacht werden kann“. Man kann im Zweifel darüber sein, ob mit solcher Leberheftigkeit überhaupt noch zu rechten ist, denn jedes andere Mitglied der vier Verbände, das für den engeren Zusammenschluß eintritt, weiß, was der „Korrespondent“ in seiner Selbstgefälligkeit nicht zu wissen braucht: Nämlich, daß jede der beteiligten Organisationen bei einem Zusammenschluß wird Opfer bringen müssen. Mag sein, daß die Opfer des einen Verbandes größer sein werden als die der anderen wo aber wird dies bei einem Zusammengehen verschiedener Organisationen nicht der Fall sein? Wenn man so etwas schreibt dann please man sich etwas dabei zu denken, und in Wahrheit läßt diese Redewendung des „Korrespondent“ ja auch nur eine Deutung zu, die auszusprechen wir uns zunächst noch sträuben, weil sie unseren Verband und unseren Mitgliedern so niedrige Motive unterstellt, daß fälschlich jedwede Diskussion aufhören müßte. Und in diesem Zusammenhang bezeichnet der „Korrespondent“ die Motivation für den „Graphischen Industrieverband“ als ein „geschäftliches Treiben, das einer gewissen und gefährlichen Entwertung unseres Verbandes . . . verleiht ähnlich sehe“. Nach diesen Glanzleistungen einer Anrempelung befreundeter Organisationen, wie sie gottlob heute in der deutschen Gewerkschaftsbewegung selten sind, braucht es dann niemand mehr zu wundern, daß der „Korrespondent“ im „Graphischen Industrieverband“ nichts anderes sieht als „eine zwangsläufige Verwertung aller sich ab und zu kaum am Armel streifenden Arbeitsgruppen innerhalb ganzer Industriezweige zu einem Zentralkartell“, in der nach Ansicht des „Korrespondent“ den Buchdrucker entweder „die Rolle der ständigen Quasipre oder der Sündenböcke“ zuerzählt würde. Und offen spricht der „Korrespondent“ aus, daß für ihn „selbst die gefährliche und notdringende gewerkschaftliche Freiheit im Verbands der Deutschen Buchdrucker einer zukünftigen Industrieverbandesbande nicht“ vorzuziehen sei. Man kann uns nicht zumuten, auf all diesen Unsinn einzugehen, den das Organ der „besten deutschen Gewerkschaft“ da zum besten gibt. Man hängt's einfach niedriger. Aber in einem wird man den „Korrespondent“ doch wieder mit beiden Füßen auf den Erdboden stellen müssen, indem man ihn daran er-

innert, was er anscheinend nicht weiß, daß man in der letzten Zeit — und vornehmlich in allerjüngster — den Buchdruckern nicht die Eigenschaft der Quasipre, wohl aber der von Bremsklößen bemessen muß.

Eins ist sicher: Die Auslassungen des „Korrespondent“ lassen an Klarheit nichts zu wünschen übrig, sie belagen mit dürren Worten, daß der „Graphische Industrieverband“ nach seiner Anschauung ein Ding ist, das auf ihn wirkt wie das bekannte rote Tuch auf das bekannte Viehlein. Nur ist dabei zu beachten, daß der „Korrespondent“ kaum die Stelle sein wird, die das letzte Wort im Buchdruckerlager über den weiteren Zusammenschluß reden wird. Allerdings erwarten wir, daß nunmehr im „Graphischen Bund“ klar Stellung genommen wird, andernfalls müßte er an Bedeutung so einbüßen, daß etwas Rechtes aus ihm nicht mehr werden kann. Die Propaganda für den „Graphischen Industrieverband“ aber wird durch das Verhalten des „Korrespondent“ von allen denjenigen, die aus ehrlicher Ueberzeugung von der Richtigkeit ihrer Idee und ohne die ihm vom „Korrespondent“ unterstellten unläuterer Motive handeln, noch mehr betrieben werden. Trotz alledem!

Die Volksfürsorge.

Im weiten Volkstreifen ist der Sparfann gut entwickelt. Einen Notpfennig für Zeiten zu haben, in denen große Ausgaben infolge Krankheit oder Todesfalls nötig werden, muß die Aufgabe jedes sorgenden Familienoberhauptes sein. Wer beizuteilen vorfugt, schützt seine Angehörigen vor den Wechselfällen des Lebens, hilft ihnen über die erste Not hinweg. Ebenso haben alle Personen ein Interesse daran, sich für die Zeit, wo sie alt und gebrechlich geworden sind, einen Notgroßchen zu sichern.

In der Regel wird von allen, die in der Lage sind, etwas zurückzulegen, der Weg zur Sparrkasse gewählt. Die Sparrkasse verzinst die eingelegten Gelder zu dem üblichen Zinssfuß. Das Kapital vermehrt sich unter normalen Umständen durch Einlagen und Hinzuschreibung der Zinsen und Zinseszinsen. Der Sparer ist so auf sich selbst gestellt. Ereilt ihn als Haushaltungsvorstand durch natürliche oder andere Umstände der Tod, so steht seinen Hinterbliebenen zur Deckung der Lasten die Sparsumme nebst den Zinsen und Zinseszinsen zur Verfügung. War es dem Sparer nur möglich, wenige Jahre hindurch einige hundert Mark zurückzulegen, so tritt bei der ungeheuren Geldentwertung ein erhebliches Defizit im Haushaltsbudget und damit bitterste Not ein.

Anderer aber liegt der Fall, wenn der Haushaltungsvorstand sein Leben versichert hat. Er ist in diesem Falle nicht auf sich selbst gestellt, sondern gleich ihm hatten sich Tausende und aber Tausende versichert. Sie alle verfolgen bewußt oder unbewußt den Zweck, sich solidarisch für den Fall des Todes zu unterstützen, und zwar dadurch, daß die dafür erforderlichen Beträge auf die Gesamtheit der Versicherten verteilt werden. Was dem einzelnen in solchen Fällen nicht möglich ist, wird durch eine Vielzahl von Personen mit Leichtigkeit erreicht. Jeder Versicherte zahlt in Form eines Beitrages, der Prämie genannt wird, in die Kasse der Versicherungsanstalt. Würde ein Versicherter schon nach kurzer Zeit des Bestehens seiner Versicherung sterben, so würde, je nach den Umständen, die volle Versicherungssumme fällig sein. Die Hinterbliebenen erhalten so bedeutend mehr, als der eingezahlte Prämienbetrag ausmacht, und sie können damit, je nach Höhe des Versicherungsbetrags, die entstandene Notlage mehr oder weniger ausgleichen.

So erwachsen den Hinterbliebenen der Versicherten größere Vorteile, als wenn sie die für Prämien aufgewandten Gelder zur Sparrkasse getragen hätten.

Ein Beispiel: A. versichert sich im Alter von 30 Jahren bei der Volksfürsorge auf 25jährige Dauer, B. spart bei der Sparrkasse und erhält 3 1/2 Proz. Zinsen. Beide verwenden jährlich für diesen Zweck je 300 Mk. Würde nach zehn Sparjahren der Tod eintreten, so würden erhalten die Hinterbliebenen von A. 6600 Mk., die Hinterbliebenen von B. 3519,42 Mk. Zu der Summe der Volksfürsorge treten noch Gewinnanteile.

Aus den Darlegungen erhellt ohne weiteres der hohe volkswirtschaftliche Wert der Lebensversicherung, die auf dem schönen Prinzip: „Hilfe auf Gegenseitigkeit“ oder: „Einer für alle und alle für einen“ basiert. Sie verdient infolgedessen auch in den Kreisen des arbeitenden Volkes die allergrößte Würdigung.

Im Frage kommt als Versicherung mit den allgünstigsten Bedingungen die von den Gewerkschaften und Genossenschaften im Jahre 1913 gegründete und von ihnen verwaltete Volksfürsorge. Die Volksfürsorge führt alle Arten der Lebensversicherung, wie Altersversicherung, Aussteuer- und Kinderversicherung mit monatlicher Prämienzahlung.

Die höchstzulässige Versicherung beträgt zurzeit 10 000 Mark. Seit Juli 1921 führt die Volksfürsorge auch die große Lebensversicherung mit und ohne ärztliche Untersuchung. Die Mindestversicherungssumme beträgt 10 000 Mt. Die Höchstversicherungssumme ohne ärztliche Untersuchung 30 000 Mt., mit ärztlicher Untersuchung zurzeit unbegrenzt. Ferner können sich ganze Korporationen (Vereine, Gewerkschaften) in einer Stärke von mindestens 100 Mitgliedern in Höhe von 1000 Mt. bis 10 000 Mt. pro Person durch eine Gesamtversicherung auf den Todesfall versichern.

Die Volksfürsorge ist infolge der vorwiegend ehrenamtlichen Tätigkeit ihrer Funktionäre in der Lage, den Versicherten die größtmöglichen Vorteile zukommen zu lassen, sie ist infolge ihrer Eigenart als sozialisiertes Versicherungsunternehmen zu betrachten. Jeder Arbeitnehmer, der sich versichern will, beauftragt das eigene Unternehmen damit. Es bietet größere Vorteile als andere Versicherungsunternehmen. Dafür diene zum Beweis folgendes Beispiel:

Eine 30jährige Person schließt bei der Volksfürsorge eine Lebensversicherung auf die Dauer von 30 Jahren ab und will dafür eine Monatsprämie von 20 Mt. entrichten. Die gesamte Versicherungssumme beträgt in diesem Falle 6360 Mt. Diese Summe wird beim Tode des Versicherten nach dem zweiten Versicherungsjahr (in den beiden ersten Jahren schon beim Tode durch Unfall), spätestens aber nach 30 Jahren ausgezahlt. Stirbt der Versicherte bereits im ersten Jahre, so gelangen nur die eingezahlten Prämien zur Auszahlung. Tritt der Tod im zweiten Versicherungsjahr ein, so wird die Hälfte der Versicherungssumme ausgezahlt, mindestens aber 3000 Mt., soweit der Versicherte mit dieser oder über diese Summe hinaus versichert war. Wie günstig das im Verhältnis zu anderen Gesellschaften wirkt, zeigt nachfolgende Gegenüberstellung: In dem angeführten Beispiel beträgt die garantierte Versicherungssumme

bei der Volksfürsorge . . .	6360 Mt.
bei der „Viktoria“ . . .	5405 Mt.
bei der „Friedrich Wilhelm“ . . .	5300 Mt.
bei der „Wilhelma“ . . .	5749 Mt.

Ebenso günstig bzw. noch günstiger ist die Volksfürsorge auch in ihrer großen Lebensversicherung.

Die Volksfürsorge hatte in der ersten Hälfte des Jahres 1922 etwa 1 Million deutscher Arbeitnehmer bzw. deren Kinder mit einer Gesamtversicherungssumme von über 1 1/2 Milliarde Mt. versichert. Die Prämieinnahme im Jahre 1921 betrug 47 1/2 Millionen Mt. Die aus dem Ueberschuss des Jahres 1921 an die Versicherten zur Gutschrift gelangenden Gewinnanteile betragen 2 130 000 Mt. An Prämienreferenzen und Prämienüberträgen waren Ende des Jahres 1921 rund 64,8 Millionen Mt. vorhanden. Diese Prämien werden nach Deduktion der Verwaltungskosten vornehmlich in solchen Unternehmen angelegt, die der Arbeiterschaft dienen. Viele Millionen sind als erste Hypothek dem Konsum- und Siedlungsgenossenschaftlichen Kleinwohnungsbau, den Volkshäusern und ähnlichen Einrichtungen zur Verfügung gestellt; eine noch weit höhere Anzahl von Millionen ist den Gemeinden zur

Förderung des Wohnungsbaues und zur Einrichtung gemeinnütziger Gründungen geliehen worden.

Diese Zahlen beweisen die Leistungsfähigkeit der Volksfürsorge. Wer sich versichern will, der erledige diese Angelegenheit, je früher desto besser, nur bei dieser.

Wer zahlt die Zehne?

Es stellt sich immer deutlicher heraus, daß infolge der politischen Hochspannung und der heftigen Schwankungen des Marktkurses das Inlandsgeschäft auf der Leipziger Messe — von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen — ein vollkommenes Fiasko war und daß auch die Abschlässe mit dem Ausland bei den meisten Firmen, sowohl hinsichtlich ihres Umfangs wie auch der erzielten Preise, eine Verschlechterung deutlich erkennen lassen. Wer Lagerbestände zu verkaufen hatte, ist in An- und Ausländer zu relativ hohen Preisen ohne Schwierigkeiten los geworden. Für die Fabrikation gestaltete sich jedoch das Inlandsgeschäft sehr schwierig. Die Einkäufer der großen Waren- und Kaufhäuser, sowie viele Tausende selbständiger Detailisten haben in Anbetracht der überraschend hohen Preise von Abschlässen möglichst abgesehen, aber die Gelegenheit benutzt, sich einen Ueberblick über die Preislage zu verschaffen. Als Folge davon gingen dann Tausende von Telegrammen und telephonischen Anweisungen nach den Provinzplätzen mit der Befehls, den Verkauf bis zum Eintreffen weiterer Anordnungen zu stoppen oder sofort die Auszeichnungen der Waren in den Läden mit den in Leipzig geforderten Großhandelspreisen durch 100- bis 300-prozentige Zuschläge in Eintang zu bringen. Seitens der Detailisten wurde diesmal ein Ueberstolz viel erdriert, der in der vorangegangenen Periode der Konjunktur verhältnismäßig wenig beachtet wurde. Es handelt sich um das Emporwuchern unendlich vieler Handelsfirmen, die durch ihr Dazwischentreten den Weg der Ware vom Produzenten zum Konsumenten ganz unnötig verlängern und durch ihre hohen Zwischengewinne natürlich sehr wesentlich zur Verteuerung der gewerblichen Erzeugnisse im Inland beitragen. Kommt es am deutschen Warenmarkt in den nächsten Wochen und Monaten zu Absatzrückungen, so werden diese Art Firmen in erster Linie in Bedrängnis kommen und von der Krise fast automatisch ausgeschaltet und hinweggefegt werden, zumal es sich in den meisten Fällen um Gründungen auf verhältnismäßig geringer Kapitalbasis handelt. Die gesunden Kräfte, die unserer Volkswirtschaft vorläufig trotz allem noch innewohnen, werden offensichtlich dazu beitragen, diesen Reinigungsprozeß zu beschleunigen. Am größten ist die Verwertung in der Textilindustrie, der Schuhbranche und bei den verschiedensten kleinen Artikeln des täglichen Bedarfs. Hier wird sich erst in den nächsten Wochen manches klären. Inzwischen halten aber alle Beteiligten mit Abschlüssen zurück. Im Verkehr mit den Ausländern wurden hier und da noch ganz befriedigende Resultate erzielt.

Die Buchhändler sprachen sich, wie das „Berliner Tageblatt“ berichtet, sehr zufrieden aus. Die Einkäufer haben sich zunächst nach den Preisen erkundigt; dann setzte das Geschäft ein und hat sich weiter behauptet. Verlangt werden hauptsächlich gute Literatur, wissenschaftliche Werke, Zugbände und Originalgraphik. Für die unter dem Durchschnitt stehenden Sachen bestand geringe Nachfrage, da diese Bücher im Verhältnis zu ihrem literarischen Wert zu teuer sind. Zu Beginn der Messe waren die Preise zu gering kalkuliert. Sie sind dann erhöht worden, da Neuauflagen zu den bisherigen Preisen nicht hergestellt werden können. Infolge der guten Geschäfte war der Zubrang von Verlangsbuchhändlern, die noch keinen Platz hatten, sehr stark. Und alle Liebertuerungen trägt der Konsument!

Aus unserem Beruf.

Die Steigerung der Papierpreise

Von Woche zu Woche müssen die Zeitungen mehr: Wieder sind so und so viele Zeitungen gestorben. Im Monat August haben allein wieder 144 Zeitungen und Zeitschriften ihr Erscheinen einstellen müssen. Im kommenden Monat September wird diese Zahl der Zeitungs-Todesfälle sich noch gewaltig erhöhen, weil die Existenzbedingungen durch die Entwertung der Mark sich ganz gewaltig verschlechtert haben.

Die hauptsächlichste Ursache der Zeitungsschwierigkeiten liegt im Papierpreis, der folgende Entwicklung zeigt. Es kostete ein Kilo Papier im

Juli 1914	21 Pf.
Juli 1915	22 "
Mai 1916	30 "
Juli 1916	34 "
Juni 1917	38 "
November 1917	48 "
April 1918	53 "
Juli 1918	54 "
November 1918	63 "
Februar 1919	68 "
April 1919	84 "
Juli 1919	99 "
Oktober 1919	1 Mark 17 "
Januar 1920	1 " 95 "
Februar 1920	2 " 22 "
März 1920	3 " 40 "
November 1921	3 " 48 "
Dezember 1921	4 " 20 "
Januar 1922	7 " — "
Februar 1922	7 " 30 "
März 1922	8 " 25 "
April 1922	12 " 28 "
Mai 1922	15 " 20 "
Juni 1922	16 " 20 "
Juli 1922	20 " — "
August 1922	23 " — "
September 1922	70 " — "

An dieser Preisentwicklung sieht jeder, in welcher Notlage sich das Zeitungsgewerbe befindet, in welcher Notlage auch die Blätter der Arbeiterparteien ge-

Alkohol und Alkoholismus.

Von Dr. G. Wolff.

2. Wie wirkt der Alkohol auf den gesunden Organismus?

Bevor wir uns mit den Erscheinungen des Alkoholismus näher beschäftigen, müssen wir wissen, in welcher Weise der Alkohol den gesunden Organismus beeinflusst. Im Magendarmtraktal wird der Alkohol, wie alle anderen Stoffe, die wir als Nahrungsmittel zu uns nehmen, resorbiert, und zwar, wie wir heute wissen, sehr schnell. Er kommt also aus dem Innern des Magendarmtraktals in die zahlreichen kleinen Blutgefäße, die die Darmwand auskleiden, und gelangt nun mit dem Blut schnell in den ganzen Organismus, um seine Wirkung überall auf die Zellen der verschiedenen Organe, des Herzens, der Leber, der Nieren, des Gehirns usw. zu entfalten. Während der Alkohol die Zellen der meisten Organe erst in verhältnismäßig großen Gaben beeinflusst, übt er auf die Substanz des Zentralnervensystems sehr schnell seine spezifische Wirkung aus. Das weiß jedermann aus eigener Erfahrung. Schon wenige Glas Bier genügen, um bei dem einen schneller, bei dem anderen langsamer Zeichen der Alkoholvergiftung deutlich hervortreten zu lassen, das heißt, eine leichte Einschlafung unserer Gehirnfunktionen zu erzeugen. Tatsächlich geht der Alkohol in eine Reihe mit jenen narotisch wirkenden Stoffen, die wir heute als Betäubungsmittel vor Ausführung von Operationen in großem Umfange benutzen. Wie Äther und Chloroform, zu denen der Alkohol auch in chemischer Hinsicht mancherlei Beziehungen hat, ruft der Bier- oder

Weinenuß eine leichte Narose hervor, also eine Betäubung unseres Nervenzentralorgans, des Gehirns. Daß die akute Alkoholvergiftung der Narose, wie wir sie durch andere schlafserzeugende Mittel hervorgerufen, in vieler Hinsicht ähnelt, hat man auch auf chemisch-physiologischem Wege zu erklären gesucht. Die Untersuchungen der Neuzeit haben gelehrt, daß unsere Narotika, wie Äther und Chloroform, zu den fettsäureartigen Substanzen des Nervensystems besondere Beziehungen haben, viel leichter von ihnen als von andern Bestandteilen des Organismus aufgenommen und festgehalten werden. Deshalb dürfen wir uns nicht wundern, daß diese Stoffe nach ihrer Resorption in so ausgesprochener Weise auf die Funktionen des Zentralnervensystems wirken. Zu den Stoffen, die Fettsäure und fettsäureartige Substanzen mit besonderer Vorliebe durchdringen, gehört auch der Alkohol, dessen ausgesprochene Einwirkung auf das Zentralnervensystem, das an solchen fettsäureartigen Substanzen reich ist, damit seine Erklärung findet.

Natürlich unterscheidet sich die Funktionsstörung, die wir mit der Chloroform- oder Äthernarose bezwecken, erheblich von der gewöhnlichen Alkoholvergiftung. Bei der Narose, die wir zum Zwecke der Schmerzbetäubung hervorgerufen, müssen wir so schnell wie möglich das Bewußtsein des Menschen, vor allem seine Empfindung für Schmerz und äußere Sinnesindrücke ausschalten; deshalb geben wir schnell hinterinander eine große Menge des Narotikums und hören ebenso schnell mit seiner Darreichung auf, sobald wir seiner nicht mehr bedürfen. Der Alkoholenuß erfolgt — wenigstens in der Regel — langsam und in schleichendem Tempo. In gewissen Zwischenräumen wird ein Glas Bier oder Wein nach dem andern ge-

trunken. Deshalb kommt es meist nur zu den beginnenden Symptomen einer sich hinziehenden Narosewirkung. Die scharfe Selbstbeherrschung und die Selbstkritik gehen in diesem Stadium verloren, die Reden fließen leichter, aber auch oberflächlicher. „Die Zunge läßt sich“, wie es im Volksmund heißt, und es tritt eine animierte, selbstzufriedene Stimmung und das Gefühl allgemeinen Wohlbefindens ein. Wohl hauptsächlich wegen dieser Wirkung, die uns der Sorge des Alltags zu entheben scheint, sind die alkoholhaltigen Getränke so ungeheuer verbreitet und haben in so hohem Grade die Gunst des Volkes erlangt.

In diesem Zustande haben wir nicht eine eigentliche Lähmung, eine Narose der Gehirnfunktionen, vor uns, sondern nur eine Lähmung der feineren Nervenregungen. Das Bewußtsein ist in diesem Zustand voll erhalten, nur die feineren Bewußtseinsvorgänge, die mit einem irgendwie erheblichen Aufwand von geistiger Arbeit verknüpft sind, erlahmen. Mit den Methoden der experimentellen Psychologie ist die Einwirkung schon geringfügiger Mengen Alkohols auf die verschiedenen Gehirnfunktionen untersucht worden. Dabei zeigte sich, daß schon die in einem Liter Bier enthaltene Alkoholmenge, also etwa 30 bis 50 Gramm, je nach der Art des Bieres, einen deutlich ungenügenden Einfluß auf die Qualität unserer Gehirnfunktionen ausüben. Die Versuchspersonen, die vorher diese geringe Menge Alkohol erhalten haben, vermögen zum Beispiel nicht so exakt zu addieren, auswendig zu lernen oder gar komplizierte geistige Leistungen, etwa die Lösung schwieriger Rechenaufgaben, zu vollbringen, wie andere Personen oder sie selbst in normalem Zustand. Die Summe zahlreicher Versuche hat

kommen sind. Unseren Parteizeitungen geht es genau so wie der Hausfrau bei ihren Einkäufen: mit dem Steigen des Dollars steigen alle Preise für die Bedarfsartikel der Zeitung, fällt der Dollar wieder, so fallen leider diese Preise nicht, sie bleiben stehen oder klettern sogar noch höher hinauf.

Die Generalversammlung der Zentral-Krank- und Verträubnisse der Buchbinder und verwandten Geschäftszweige

Am 21. und 22. August in Würzburg statt. Aus 31 Wahlabteilungen waren 49 Abgeordnete gewählt und erschienen. Der Vorstand der Kasse war durch die Kollegen Zinke und Städter, der Aufsichtsrat durch den Kollegen Weinschild vertreten. Nach einer kurzen Begrüßung der Abgeordneten wurde der in den letzten Jahren verstorbenen hervorragend tätig gewesenen Mitglieder Philipp-Hellbronn, Schäuble-Ulm, Engelhardt-Gera, Weller-Berlin, Brand-Schma, Beienfelder-Freiburg, Steger-Erlangen, Ledebusch-Eberfeld, Nordt-Bohla, Hocke-Erfurt und Hauptmann-Berlin gedacht.

Zu Vorständen der Generalversammlung wurden gewählt Zinke und Nordt-Leipzig, zu Schriftführern Liebemann und Köst-Leipzig, zum Führer der Rednerliste Herrmann-Offenbach. In die Mandatsprüfungskommission wurden entsandt König-Leipzig, Reitslag-Berlin und Scheffel-Offenbach, während die Haushaltskommission aus Semann-Berlin, Ditschhausen und Anders-Stuttgart zusammengesetzt wurde.

Die Tagesordnung lautete:

1. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes.
2. Bericht des Aufsichtsrats.
3. Prüfung und Befestigung der Jahresrechnungen 1919 bis 1921.
4. Beschlussfassung über die seit dem Statistenden der letzten ordentlichen Generalversammlung gemäß § 20 Abs. 4 der Satzung vorgenommenen Satzungsänderungen.
5. Beratung und Beschlussfassung über die Anträge zur Satzung.
6. Festsetzung der Beamtgehälter.
7. Entlastung und Wahl des Vorstandes, des Aufsichtsrats und deren Ersatzmänner.
8. Wahl des Revisionsausschusses.
9. Verschiedenes.

Zum ersten Punkte der Tagesordnung erstattet der Vorsteher der Kasse einen eingehenden Geschäftsbericht. Die Kasse hat einen guten Aufschwung genommen. Infolge des steten Wechsels des Wirtschaftslebens, dem sich die Kasse nach Möglichkeit anpassen hatte, und infolge einer nicht geringen Anzahl von Abänderungen der Reichsversicherungsordnung ist die Verwaltung der Kasse mit großen Schwierigkeiten verbunden gewesen. In den letzten drei Jahren ist mit 45 verschiedenen Beitragsätzen, 72 verschiedenen Krankengebühren und 90 verschiedenen Sterbegeldätzen zu rechnen gewesen. Diese Schwierigkeiten sind jedoch mit dem auf allen Seiten vorhandenen guten Willen überwunden worden. Mit den Ärzten hat es eine Reihe von Differenzen gegeben, denen 1921 und 1922 durch Abschluss von Verträgen vorgebeugt werden konnte. Im allgemeinen lassen die mit den Ärzten abgeschlossenen

Verträge noch eine gewisse Klarheit zu wünschen übrig. Die Zukunft der Ersatzklassen ist noch wie vor eine unklare. Für die gewerblichen Ersatzklassen kommt als besondere Schwierigkeit in Frage, daß ihnen ein Recht auf das Arbeitverhältnis nicht zugesprochen worden ist. In diesem Zustand wird sich in Zukunft kaum etwas ändern. Wenn die Ersatzabteilung trotzdem zufriedenstellende Leistungen bei angemessenen Beiträgen gemähren konnte, dann ist dies im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß der Kasse nur Männer angehören können. Der Vorstand ist ständig bemüht gewesen, die Verwaltungsarbeiten zu vereinfachen. In Zweifelsfällen sind die Bestimmungen der Satzung stets in der für die Mitglieder günstigsten Weise ausgelegt worden. Gerichtliche Klagen sind nicht zu verzeichnen gewesen. Das Zusammenarbeiten des Vorstandes mit dem Aufsichtsrat und den Mitgliedern der Ortsverwaltungen ist jederzeit ein von kollektivem Geist getragenes gewesen. Dieses angenehme Verhältnis hat die Arbeitsfreudigkeit in günstigster Sinne beeinflusst. Der Vorstand hat sich noch besten Kräfte bemüht, die Interessen der Kasse und ihrer Mitglieder zu wahren.

Im Anschluß hieran erstattete der Kassierer einen spezialisierten Kassenbericht. In den drei letzten Berichtsjahren ist eine Gesamteinnahme in Höhe von 2 548 862 92 Mk. und eine Gesamtausgabe von 1 907 093 00 Mk. zu verzeichnen gewesen, so daß eine Mehreinnahme von 641 859 92 Mk. abucht werden konnte. Am Schluß des Jahres 1918 betrug das Barvermögen 312 500 49 Mk. während am Schluß des Jahres 1921 954 380 41 Mk. und am Schluß des 2. Quartals 1922 ein solches von 1 298 560 10 Mk. verzeichnet werden konnte. Die Kasse verfügt über einen ausreichenden Reservefonds, der jedoch im Hinblick auf die noch immer ungetrübten wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse nicht zu falschen Maßnahmen verleiten darf.

Der Vorsteher des Aufsichtsrats, Kollege Weinschild, hob in seinem Berichte hervor, daß die Tätigkeit des Aufsichtsrats eine verhältnismäßig umfangreiche gewesen sei. Die verschiedentlichen Abänderungen der Kassenfassung habe eine große Anzahl Sitzungen notwendig gemacht. Als Sachverwalter ist der Aufsichtsrat nur in vier Fällen in Tätigkeit getreten, er habe sich aber in diesen den Entscheidungen des Vorstandes anschließen müssen. Der Aufsichtsrat hat seine Arbeit in gutem Einvernehmen mit dem Vorstand erledigt.

Für den Revisionsausschuß berichtet Liebemann, daß die Jahresrechnungen der letzten drei Jahre geprüft und in guter Ordnung befunden worden seien. Er bemängelt jedoch, daß aus den Ortsverwaltungen nicht selten fehlerhafte Quartalsabrechnungen kommen und ersucht, diese Abrechnungen mit größerer Sorgfalt aufstellen zu wollen.

An der U s p r a c h e über diese Berichte beteiligten sich Weller-Hamburg, Reitslag-Berlin, Klehn-Dortmund, Siegel-Annaberg, Jante-Breslau, Bäh-Offenbach und Reubek-Rühheim. Klehn wandte sich im Auftrage seiner Verwaltungsstelle gegen eine zu milde Entscheidung des Vorstandes, die dieser in einem Falle, der harte Bestrafung eines Mitgliedes verdient hätte, herbeigeführt habe. Im allgemeinen wurde der

Tätigkeit des Vorstandes und im besonderen der Tätigkeit des Kassenvorstehenden volle Anerkennung gezollt. Dem seit dem Statistenden der letzten ordentlichen Generalversammlung gemäß § 20 Abs. 4 der Satzung vorgenommenen Satzungsänderungen wurde einmütig zugestimmt und später dem Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung erteilt.

Dann wurden die Anträge behandelt, die darauf gerichtet waren, die Kasse in eine reine Zuschußkasse umzuwandeln und die Ersatzabteilung aufzuheben. Bäh und Scheffel-Offenbach begründeten die entsprechenden Anträge eingehend und verweisen im besonderen darauf, daß die hohen Ausgaben, die für ärztliche Behandlung und Arzneien erforderlich werden, ganz von selbst dazu führen würden, daß man mit der Abteilung A Schluss mache. Man solle damit aber nicht warten, bis die Entscheidung durch die Verhältnisse herbeigeführt werde, sondern solle eine solche schon jetzt herbeiführen. Zinke erkannte an, daß die Lage der gewerblichen Ersatzklassen infolge des Fehlens des Arbeitverhältnisses immer schwieriger werde. Er verbreitet sich über das Wesen der Ersatzklassen ihre Licht- und Schattenseiten und kommt zu dem Schluss, daß eine großzügige Umgestaltung der Reichsversicherungsordnung vor den Ersatzklassen nicht halt machen dürfe. Zunächst könne jedoch nicht gesagt werden, welche Entlastung die Sozialgesetzgebung in den kommenden Jahren nehmen werde. Ein Beschluss, die Abteilung A aufzuheben, bedeute für etwa 1000 alte Kassenmitglieder eine große Benachteiligung, da für diese kaum Gelegenheit vorhanden sei, sich einer Ortsliste anzuschließen. Man sei deshalb verpflichtet, diesen Mitgliedern die Treue zu halten. Am einfachsten würde es sein, dem Antrag näher zu treten, nach welchem am 1. Januar 1923 in die Abteilung A Mitglieder nicht mehr aufgenommen werden sollen. Da aber ein solcher Beschluss gegen die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung verstoße und nicht genehmigt werden würde, müsse man wohl oder übel dazukommen, die Entscheidung über die Aufhebung der Ersatzabteilung bis zur nächsten Generalversammlung zu vertagen. Die gewerblichen Ersatzklassen seien keine sogenannten „Standbestellen“. Solange eine großzügige Umgestaltung der Reichsversicherungsordnung nicht durchgeführt worden sei, solange die RVD noch Betriebs-, Jnnungs- und Landtrankenkassen kenne, werde man sich auch noch mit den gewerblichen Ersatzklassen abfinden müssen. Die Abteilung A habe in den letzten drei Jahren gut gearbeitet. Es werde allerdings dahingestellt bleiben müssen, ob das auch in Zukunft der Fall sei. Solange sich die Abteilung jedoch trage und angemessene Leistungen gemähren könne, müsse man sie im Interesse der Mitglieder, die ihr mehr denn ein Menschenalter angehört haben, aufrechterhalten. Man könne den Abbau der Ersatzabteilung immerhin im Auge behalten und jede Verbetätigung für diese einstellen. Er bittet um Beibehaltung der Abteilung A, bis sich die Verhältnisse geklärt haben. — Die entsprechenden Anträge wurden sofort zur Abstimmung gebracht und mit großer Mehrheit im Sinne der Ausführungen des Kassenvorstehenden beschlossen.

Die Generalversammlung beschäftigte sich danach

dabei ergeben; daß die verschiedenen Arten der Gehirnätigkeit um so mehr leiden, je mehr intellektuelle Arbeit sie erfordern. So wird zum Beispiel die Fähigkeit des Abstrahierens, eine Sache der Uebung und des Gedächtnisses, längst nicht so schnell beeinflusst, wie das Auffassungsvermögen oder die Kombinationsfähigkeit, die Fähigkeit, aus bestimmten Wahrnehmungen unserer Sinne und der sich daran anschließenden Vorstellungen logische Schlüsse zu ziehen. Weist ist es so, daß die Versuchspersonen unter dem Alkoholeinfluß die ihnen zuerteilte Arbeit schneller leisteten, aber nicht so exakt, nicht so fehlerfrei, wie in alkoholfreiem Zustande. Diese durch die Methoden der experimentellen Psychologie bestätigten Erscheinungen entsprechen genau dem, was wir in verärrtem Grade beim beginnenden Alkoholrausch wahrnehmen können. Die Schnelligkeit aller Handlungen nimmt zu, die Beredbarkeit, auch sonst schweigsamer Menschen, wächst, meist aber auf Kosten der Exaktheit und Zuverlässigkeit.

Wird der Alkoholenß stark übertrieben, so kann sich auch der volle Zustand einer Rarose, der echte Rausch als Zeichen der akuten Vergiftung, entwickeln. Dieser Zustand unterscheidet sich nur wenig von der Rarose, die wir durch Keüher oder Chloroform zu chirurgischen Eingriffen hervorgerufen pflegen. Auch im Alkoholrausch kommt es schließlich zu lauten, zusammenhanglosen Redereien, zu laut schmargender Utmung und vollständiger Bewußtlosigkeit, zu Symptomen also, die dem Operateur sämtlich aus der Rarose gut bekannt sind. Nach mehr oder weniger langer Zeit endet die Alkoholarose, der Rausch, schließlich mit dem Erwachen unter den bekannten Rauschercheinungen des Ragenjammers. Es bedarf wohl keiner Erörterung, daß dieser Zustand des Alkohol-

rausches, der einer akuten Vergiftung entspringt, allen geistigen und körperlichen Qualitäten unseres Organismus in höchstem Maße nachteilig und deshalb durchaus verwerflich ist.

Ist der Einfluß des Alkohols auf das Nervensystem auch bei weitem am wichtigsten und bekanntesten, so sind doch auch die Wirkungen auf andere Organe nicht bedeutungslos. Zahlreiche Experimente haben ergeben, daß die Leistungen unserer Muskeln, also die große Kraftentwicklung, unmittelbar nach dem Alkoholenß etwas wächst, bald aber erheblich nachläßt. Diese Versuche stimmen überein mit den Erfahrungen, die in großem Maßstabe an Soldaten und Sportleuten aller Art gemacht sind. Bekanntlich vermeiden alle professionellen Sportleute während des Trainings aufs strengste den Alkoholenß, um sich vor Erschlaffung zu bewahren. Auch die Organe unserer Blutzirkulation, Herz und Blutgefäße, werden von kleinen Alkoholenßmengen kaum zu erheblich besseren Leistungen angeregt, von großen aber infolge der allgemeinen Giftwirkung geschädigt. Immerhin wird die Herzstätigkeit von geringen Alkoholenßmengen nicht gerade beeinträchtigt und die Blutzirkulation eher sogar verbessert. Unter dem Einfluß des Alkohols erweitern sich nämlich die Blutgefäße, bewirken eine Rötung der Haut; die Alkoholenßer sehen daher meist rot aus und erleichtern dadurch dem Herzen die Arbeit, das Blut durch das Gefäßsystem zu treiben.

Auf die Atemtätigkeit hat der Alkohol keinen wesentlichen Einfluß, vorausgesetzt, daß nicht übergroße Mengen, die einen sofortigen Rausch und sogar eine Atemlähmung herbeiführen können, genossen werden. Nicht ganz unwichtig ist

hingegen der Einfluß des Alkohols auf die Verdauungsorgane, auf Magen und Darm vor allem. Durch die umfangreichen Arbeiten über die Tätigkeit der Verdauungsdrüsen ist heute festgestellt, daß die Sekretion der Magenbrüsen durch geringe Alkoholgaben angeregt wird. In der Tat kann man auch die Erfahrungstatsache nicht weglegen, daß etwa ein Cognac oder ein Glas Bier, bei vielen Menschen den Appetit, den wir physiologisch auf eine Vermehrung der von den Verdauungsdrüsen gelieferten Sekrete zurückführen müssen, anregen. Wiederrum wirkt auch hier das Uebermaß schädlich. Die chronischen Säuer leiden fast immer an einem Magentarrach, der zur Appetitlosigkeit und Uebelkeit führt. Daß der Magen sich übergroßer Alkoholenßmengen, die in kurzer Zeit genossen werden, durch schnelles Erbrechen entledigt, ist allgemein bekannt.

Einer sehr wichtigen Frage, die lange Zeit die Parteien beschäftigt hat, müssen wir uns zum Schluß dieser Erörterungen über die physiologischen Wirkungen des Alkohols zuwenden. Hat der Alkohol die Eigenschaft eines Nahrungsmittels? Als Nahrungsmittel im allgemeinen fassen wir solche Stoffe auf, die vermöge ihrer chemischen Zusammensetzung im Körper verbrannt, oxydiert werden können und bei diesem Verbrennungsprozeß Wärme liefern. Die besten Heizstoffe unseres Körpers sind die Fette, dann folgen Kohlehydrate (Zucker, Dextrin, Stärke) und Eiweiß. Die gleiche Menge Fett liefert mehr als doppelt so viel Wärme als Zucker oder Eiweiß. Zwischen ihnen steht der Alkohol mit einer recht erheblichen Brennwärme, die man allgemein als Ausdruck der einem Nahrungsmittel innewohnenden Energie auffaßt. Man glaubte

mit den übrigen Anträgen und genehmigte die Drucklegung einer vollständig neuen Kassenführung. Von den angenommenen Anträgen sind hervorzuheben, daß das Eintrittsgeld bis zum Alter von 35 Jahren 10 Mk. und bei einem höheren Alter 20 Mk. betragen soll. Das zum Eintritt berechnende Alter wurde erneut auf 45 Jahre festgesetzt. Die Beiträge und Leistungen sollen sich in den zwei Abteilungen wie folgt gegenüberstellen:

Abteilung A				
Klasse	Beitrag	Krankengeld		Sterbegeld
		pro Tag	pro Woche	
1	240	10	24	1200
2	720	30	72	3600
3	1200	50	120	6000
4	1800	75	180	9000

Abteilung B				
Klasse	Beitrag	Krankengeld		Sterbegeld
		pro Tag	pro Woche	
5	4	14	98	600
6	8	28	196	1200
7	12	42	294	1800
8	16	56	392	2400

Das Krankengeld soll für vollberechtigte Mitglieder auf die Dauer von 52 Wochen zur Auszahlung kommen. Das Sterbegeld wird für je 5 Jahre vollsteuere Mitgliedschaft um 50 Mk. erhöht. Die Satzung soll mit den neuen Änderungen am 1. Oktober 1922 in Kraft treten. Die nächste Generalversammlung hat in Cassel stattgefunden, doch wurde der Vorstand ermächtigt, diese Versammlung mit Rücksicht auf die hohen Kosten gegebenenfalls statt in drei erst in vier Jahren zusammenzurufen.

Für die Gehaltsregulierung der Angestellten sollen auf Antrag einer aus den Kollegen Hinz, Meile, Blei, Anders und Schöffel bestehenden Kommission die Bestimmungen der Besoldungsordnung maßgebend sein, die im allgemeinen für die Angestellten der meisten Krankenkassen in Frage kommt und zwar für der derzeitigen Vorstehenden Gruppe VIII, Stufe 7, für den derzeitigen Kassierer Gruppe VII, Stufe 8 und für den Hilfsarbeiter Gruppe VI, Stufe 4. Derselben Kommission war ein Antrag des Vorstandes und Aufsichtsrates überwiesen worden, nach welchem den Kollegen Städter mit Rücksicht auf sein hohes Alter und seine angriffene Gesundheit ab 1. Oktober d. J. ein Ruhegehalt ausgemessen werden soll. Die Kommission beantragte, den Kollegen St. entsprechend dem Vorschlag von der Arbeit zu entbinden und ihm ein Drittel des ihm zugebilligten Gehaltes als Pension zu gewähren. Neben diesen Bezügen stehen dem Kollegen des weiteren noch die Unterstufungen aus der Unterstützungsvereinbarung des Vereins Arbeiterpresse und aus der Invalidenversicherung zu. Die Anträge der Kommission wurden einstimmig angenommen. Der Kollege Städter dankte mit bewegten Worten für die ihm gewährte Vergünstigung.

Da an Stelle des in den Ruhestand tretenden Kollegen Städter die Anstellung einer weiteren Arbeitskraft nicht in Aussicht genommen ist, zweifeln Reichlag-Berlin und Biel-Beipzig an der Möglichkeit, daß die beträchtliche Arbeit von nur zwei Angestellten

früher, daß der Alkohol, nachdem er im Blute zirkuliert hat, durch die Ausscheidungsorgane (Nieren, Lungen, Haut) unverändert nach außen abgeben wird. Das ist aber nicht der Fall. Untersuchungen haben ergeben, daß unter normalen Umständen der bei weitem größte Teil des genossenen Alkohols im Körper verbleibt (mehr als 90 Proz.) und nur ein geringer Teil unverändert wieder ausgeschieden wird.

Daß der Alkohol dennoch einen erheblichen Brennwert für den Körper besitzt, dürfen wir heute nicht mehr leugnen. Dennoch können wir ihm eine ähnliche Bedeutung wie anderen Heistoffen des Organismus nicht zusprechen, da seine schädigenden Wirkungen auf die edelsten Organe, vor allem das Zentralnervensystem, seine Bedeutung als Nährstoff beeinträchtigen, wenn er in größeren Mengen genossen wird. Von einem Nahrungsmittel muß man verlangen, daß es nicht nur reiflos im Körper verbrennt, zu Kohlensäure und Wasser, sondern auch keinerlei schädigende Wirkungen ausübt. Dieser Forderung entsprechen unsere gewöhnlichen Nahrungsmittel: Fett, Zucker, Eiweiß; sie werden verbrannt ohne nachteilige Einflüsse auf den Körper auszuüben. Dieser Forderung entspricht der Alkohol aber nicht, da er bis zu seiner Verbrennung seine spezifische Giftwirkung ausüben vermag. Immerhin ist es möglich, mit geringen Alkoholmengen, die noch keinen großen Schaden anrichten können, Menschen, deren Nahrungsaufnahme gestört ist (fiebernden Kranken), oder solchen, die nicht alle Nahrungsmittel zu sich nehmen können (Zuckerkranken), einen Teil ihres Wärmebedarfes in zweckmäßiger Weise zuzuführen.

zu bewältigen sein werde. Zinke stellt demgegenüber fest, daß das dennoch gelingen werde, wenn die Ortsverwaltungen sich bemühen, die Zentralverwaltung nach besten Kräften zu unterstützen. Im Notfall könne man dazu kommen, eine Aushilfe für einige Wochen einzufstellen. Es könne auch die vorübergehende Beschäftigung einer Stenotypistin in Erwägung gezogen werden. Im übrigen werde sich der Vorstand zu bemühen haben, weitere Vereinfachungen der Geschäftsführung durchzuführen.

Die Wahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Zinke, Vorstehender; Bergmann, Stellvertreter; Schröder, Kassierer; Gittel, Stellvertreter; Krehlmar, Schriftführer; Glaubig, Häfner, Hellmann und Schleicher als Beisitzer. Erschlaute: Bönsch, Wienecke, Stein, Rühle, Arnold, Hölstein, Foest und Münch. In den Aufsichtsrat wurden gewählt: Weinschild, Vorstehender; Becker, Schmorr, Krauß und Racat als Beisitzer. Erschlaute: Herzog, Gladisch, Jünemann, Möller und Müßlich. Revisionsausschuß: Tiedemann und Fleischer. Erschlaute: Davaque und Thomas.

Darauf wurden die Angelegenheiten der besonderen Sterbekasse geregelt. Diese Kasse hat sich einer guten Entwicklung zu erfreuen. Dem Wunsch nach Einführung einer höheren Beitragsklasse wurde entprochen. Ab 1. Januar 1923 kommt die bisherige 1. Klasse in Weßfall. An Stelle derselben wird eine neue 2. Klasse mit 3 Mt. Monatsbeitrag und 1800 Mt. Höchstunterstützungssumme errichtet und im übrigen den Vorschlägen des Vorstandes zugestimmt.

Zinke widmet dem scheidenden Kollegen Städter Worte der Anerkennung für die gewissenhafte Kassenführung. Städter habe den Posten des Kassierers 10 Jahre ehrenamtlich und weitere 23 Jahre als Angestellter verwaltet. Er wünscht daß ihm noch ein langer und glücklicher Lebensabend beschieden sein möge.

Internationales.

Tschechoslowakei. Ueber die Lage unseres Berufes in der Tschechoslowakei zeichnet die „Buchbinder-Rundschau“, das Organ des Verbandes der Buchbindergehilfen in der Tschechoslowakischen Republik, das folgende trübe Bild: „Das Buchbindergewerbe in der Tschechoslowakei durchlebt in der letzten Zeit eine noch nie dagewesene Krise. Man mag seine Schritte in welchen Betrieb immer lenken, überall ertönen dieselben Klagen über den völligen Mangel an Arbeit, sowohl von den Unternehmern, als auch von der Arbeiterschaft. Einzelne Betriebe — große und kleine — gehen von Woche zu Woche mit Entlassungen vor, andere wieder zwingen die Arbeiterschaft zum unfreiwilligen Urlaub, in einigen anderen wird wieder die Arbeitszeit eingeschränkt; überall aber gähnt die Leere der Werkstätten.“

Gewiß ist, daß eine ähnliche Krise heuer fast die ganze Produktion erfaßt hat. Die Ursache liegt in erster Linie in der künstlichen Wertsteigerung der tschechoslowakischen Krone, die unter bestimmter Tendenz selbst vom Bankamte der Republik gefördert wird und im weiteren sind es die Folgen der Untätigkeit derselben Kreise gegenüber den Lebensmittelpreisen. Der Wert unserer Krone steigt im Auslande, es steigt die Kaufkraft der Krone, aber an den Preisen im Inlande für Brot, Mehl, Schuhe und Kleidungsstücke ist dies nicht wahrnehmbar. Im Gegenteil; täglich wird uns noch jeder Bissen verteuert, wird die gesetzliche Handhabe zur Erhöhung der Mietzinsen gegeben. Und damit die Preise für Brot und Mehl noch mehr gesteigert werden können, werden jetzt alle Lebensmittel mit Zöllen belegt. Zu all diesem schweigen die berufenen Vertreter; keine Hand rührt sich, um den heucheligen Lebensmittelpreiserern ihr Handwerk zu legen.

Wenn aber die Krise auch bei anderen Berufen ziemlich groß ist, wird diese Krise in unserem Gewerbe noch gesteigert. Gesteigert in erster Linie gerade von jenen, die die Verpflichtung hätten, die Interessen des kleinen Volkes zu schützen, auf dessen Schultern immer größere und größere Lasten gelegt werden. Dieser Arbeitsmangel in den Betrieben unseres Berufes wird nicht allein durch die allgemeine Krise hervorgerufen; große Schuld tragen auch amtliche Kreise, die sich vielseitig bemühen, dem Buchbindergewerbe „auf die Füße zu helfen“.

Hätten wir da vor kurzem Gelegenheit, einen Einblick in die Geheimnisse der Kasernen zu machen. Statt den Soldaten nach getaner Übung die Möglichkeit zur Erholung oder zu ihrer geistigen Fortbildung zu geben, werden diese zu Buchbinderarbeiten kommandiert. In einer ziemlich gut eingerichteten Buchbinderwerkstätte binden sie für „ihre Regiment“ die Bücher. Aber nicht fachlich gelernte Arbeiter, sondern Leute, denen

nie geträumt hat, daß sie einmal mit dem edlen Gewerbe der „Buchbinderkunst“ Bekanntschaft machen werden, werden hier zu Buchbindern ausgeernt. In den Strafanstalten der Republik werden Buchbinderwerkstätten eingerichtet und die Sträflinge zur Erlernung des Gewerbes angehalten. Jede Bank hat heute bereits eine eingerichtete Buchbinderei, wo sämtliche Arbeiten für die Bank in eigener Werkstätte erzeugt werden. Aber nicht nur Banken, Kasernen und Strafanstalten werden in Buchbindereiwerkstätten umgewandelt, auch andere staatliche Anstalten beschäftigen sich mit dem Einbinden von Büchern. Außer diesen gibt es noch fast an jeder Schule irgendeinen Buchbinderkursus und man kann sich leicht überzeugen, daß die Lehrer und Professoren jene Zeit, die ihnen gesetzlich zur Erholung gewährleistet wird, zum Büchereinbinden nicht nur für den eigenen Bedarf, sondern auch für Schul- und Gemeindebibliotheken verwenden.

Daß an dieser Krise auch unsere Unternehmer, namentlich die Kleinmeister ihr gerüttelt Maß an Schuld tragen, ist nicht zu leugnen. Die Lehrlingszuchterei steht in höchster Blüte. Ohne sich um die gesetzlichen Bestimmungen der Gewerbeordnung über das Halten von Lehrlingen zu kümmern, wird gewissenlos dem Ruin des Gewerbes entgegengeteuert. Was kümmert einen solchen Zünftler auch die Zukunft des Gewerbes? Wenn er nur seine Werkstatt voll von Lehrlingen hat, die er ebenso gewissenlos ausbeutet, um sie nach beendeter Lehrzeit aufs Pflaster zu werfen, sie ihrem Schicksale überlassend. Diese Lehrlingszuchterei unserer Kleinmeister scheint einigen unverantwortlichen Elementen noch nicht genug zu sein und deshalb wurde eine „weibliche Fachlehranstalt für Buchbinderei“ in Ung-Hradisch errichtet. Während sich die Kleinmeister mit der Züchtung von männlichen Lehrlingen befassen, werden in Ung-Hradisch weibliche Lehrlinge herangebildet. Der diesbezügliche Prospekt sagt: „Die weibliche Lehranstalt für Buchbinderei in Ung-Hradisch ist die einzige Schule dieses Berufes in der Tschechoslowakischen Republik und ihre Absolvierung ermöglicht es den Frauen und Mädchen, in einer verhältnismäßig kurzen Zeit (die Anstalt hat drei Jahrgänge) einen unabhängigen, selbständigen Beruf zu erreichen.“

So wird unser Beruf langsam, aber systematisch zugrunde gerichtet, nicht nur durch die Krise, sondern durch das Zusammenwirken aller derjenigen, die die Gesetze geben oder diese durchführen und jener einzelnen, die da glauben, das Recht zu besitzen, in alles hineinzufuschen zu können.“

Mißstände in der Linierbranche.

In keinem anderen Berufe sind die Verhältnisse noch so ungesund und derartige Mißstände vorhanden, als im Linierberufe. Das liegt daran, daß die Branche noch verhältnismäßig jung ist, in ihrem ganzen Wesen noch keine festen Formen angenommen hat und vielen, selbst Berufsvorwandten, die Bervollkommnungen an den Liniermaschinen unbekannt sind.

Zur Frage der Frauenarbeit an der Liniermaschine kann ich nur zustimmen, daß die Frau ihr Ziel darauf einstellen muß, den gleichen Lohn zu erstreben, den ihr männlicher Kollege bekommt. In der Frage der Leistungsfähigkeit geht meine Meinung aber dahin, daß es wohl auch Frauen gibt, deren Leistungen einem Linierer gleichstellen sind. Allerdings sind sie selten. Aber es sind solche vorhanden, da sie zum Teil schon ein ganzes Menschenalter an der Liniermaschine arbeiten. Diese Kolleginnen, denen in früheren Jahren gewerkschaftlicher Zusammenschluß nicht bekannt war, müssen aufständisch werden, damit sie den Wert ihrer geleisteten Arbeit erkennen und nicht den männlichen Kollegen als Lohnbrüder gegenüberreten. Gleiche Arbeit, gleicher Lohn. Dieser Grundsatz muß mehr beachtet werden. Es läßt sich zurecht weder die Frau noch der ungelehrte Arbeiter in der Linierbranche auswechseln. Das wäre auch weder sozial, noch sonst für die Branche zum Vorteil und auch noch nicht durchführbar. Daß es naturgemäß unter den Linierinnen viele gibt, die mit den Maschinen nicht so umzugehen verstehen, wie es notwendig ist, und die dadurch mehr Schaden als Nutzen bringen, ist richtig. Aber es gibt auch gelernte Linierer, bei denen das selbe zutrifft.

Das von den Kolleginnen Gesagte trifft im allgemeinen auch auf die gelernten Kollegen zu. Wer will aber bestreiten, daß ein großer Teil unserer Kollegen nicht gelernt, d. h. eine dreijährige oder noch längere Lehrzeit durchgemacht hat und doch die tüchtigsten Linierer mit stellen? Hat nicht ein großer

Teil der gelehrten Linierer erst Lehre von Ungelernten genommen oder sogar von solchen, die von Liniermaschinen-Motoren ausgebildet wurden? Die Verhältnisse in der Liniererbranche liegen doch so, daß der an sich einfache Liniererberuf allerhand Eigenheiten an sich hat und deshalb nicht in allen Fällen auf eine gelehrte Kraft gepocht zu werden braucht. Auch liegt einem gelehrten Linierer vielfach gar nichts daran, nach Plätzen in der Provinz zu gehen, und zwar deshalb nicht, weil in der Regel in weiter Umgebung kein weiterer Liniermaschinenbetrieb vorhanden ist, er müßte sich deshalb sozusagen zu sehr an die Scholle fesseln und sich damit viel zu sehr der Willkür seiner Arbeitgeber aussetzen. Auch sind meistens die Betriebe an kleineren Orten nicht immer das ganze Jahr hindurch mit Arbeit versehen. Der betreffende Linierer müßte dann zur arbeitsfreien Zeit entweder entlassen werden oder zu untergeordneten Arbeiten Verwendung finden und darauf gehen gelehrte Linierer nicht gern ein. Sie ziehen es vor, die Stellung zu wechseln. Man kann bei vielen Firmen beobachten, daß diese periodisch Linierer verlangen. Das erweckt fälschlicherweise den Anschein, als sei ein Mangel an Linierern vorhanden; in Wirklichkeit handelt es sich nur um Firmen, bei denen in der Regel etwas nicht in Ordnung ist und die sich dadurch selbst mit der Zeit in Verfall bringen. Aber auch der Eigenart der Linierer ist es zuzuschreiben, daß nicht jeder Linierer sich bereit findet, ohne weiteres eine andere Stellung anzunehmen. Ich denke dabei an Linierer, welche in einer Geschäftsbücherfabrik gelernt und auch weiterhin auf Sonderanfertigung von Kontabüchern gearbeitet haben. Diese werden sich schwer dazu entschließen können, nach einer Papierfabrik zu gehen und dort einfache Massenaufgaben auszuführen. Ebenso ist es umgekehrt der Fall.

Diese Umstände bedingen es, daß zunächst ohne angeleitete Kräfte gar nicht auszukommen ist. Wir dürfen auch nicht uns gegenseitig herunterreißen und uns streiten, ob gelernt oder ungelernet, ob männliche oder weibliche Arbeitskraft, sondern es ist gewerkschaftliche Disziplin, gegenseitig beruflich und erzieherisch zu wirken und nicht zum Lohnbrüder zu werden.

Nun zur Frage der Bechrlinasausbildung in der Liniererbranche. Viele Betriebe fühlen sich berufen, dem scheinbaren Mangel an Linierern abhelfen zu müssen, indem sie Lehrlingszuchterei im wahren Sinne des Wortes treiben. Meist sind solche Betriebe mehr in der Provinz als in Großstädten zu finden. Sie sind entweder unvollkommen eingerichtet, technisch nicht auf der Höhe und haben dazu noch oft ein recht mangelhaftes Lehrpersonal. Es ist solchen Betrieben nur darum zu tun, eine recht billige Arbeitskraft auf drei Jahre oder länger vertraglich gebunden zu haben. Daß solche Verhältnisse zu keiner Gesundung führen, ist einleuchtend. Dem schlußhaften Wettbewerb ist damit Tür und Tor geöffnet. Darunter leiden naturgemäß auch die Gehilfen. Es ist daher auch beschämend für unsere eigenen Kollegen, daß sie sich eine solche Bechrlinasausbildung gefallen lassen und mitmachen. Diese Art Ausbildung hatte ich für viel gefährlicher als Frauenarbeit und die ungelerten Linierer. Die Bechrlinge müssen vielfach wegen ungenügender Ausbildung umfallen oder sich unter den traurigsten Verhältnissen als Linierer durchschlagen. Die Kollegenhaft müßte es sich daher angelegen sein lassen, Richtlinien für die Ausbildung von Bechrlingen zu schaffen. Diese müßten Vorschriften enthalten über ausreichende Entlohnung und Zahl der Bechrlinge. Der mit der Ausbildung Beiraute müßte entweder selbst eine Lehrgelt durchgemacht und ein bestimmtes Lebensalter erreicht haben oder zum mindesten eine genügende Zeit als Linierer tätig gewesen sein. Auch wäre zu verlangen, daß solche Betriebe je eine einseitige und eine zweiseitige Maschine besitzen und über einen Selbststeiger verfügen. Eine der Maschine muß mindestens neuester Bauart sein.

Eine Regelung der Bechrlinasausbildung im Liniererberuf auf geundeter Grundlage würde auch in wirtschaftlicher Hinsicht den Beruf zur Gesundung bringen und auch die bestehenden Mißstände auf einfachste Weise beseitigen helfen.

Die Frage der Frauenarbeit und Beschäftigung ungelerner Arbeiter läßt sich am einfachsten durch die Einführung des Stücklohnes lösen. Bedingung dabei ist freilich, daß bei der Berechnung des Stücklohnes nur einwandfreie und ganz der natürlichen Arbeitsweise angepasste Arbeitszeiten bzw. Stückpreise die Grundlage bilden. Diese Frage wird allerdings noch von den meisten Kollegen als un diskutabel hingestellt, teils aus Unkenntnis, teils aus Vereingemommenheit. Es könnte sich aber hier zeigen, ob nicht auch wirklich tüchtige Linierer unter den Frauen zu finden sind. Natürlich ist darüber zu wachen, daß eine Verdienstmöglichkeit gesichert ist, die einer anständigen Lebenshaltung entspricht. Es müßte traurig um die Kollegenhaft bestellt sein,

wenn sie die gerechte Forderung, für geleistete Arbeit genügenden und für gleiche Arbeit gleichen Lohn nicht durchzusetzen vermag. Eine einwandfreie Stückberechnung wäre daher nur ein Vorteil für die Liniererbranche und zum Nutzen der Berufsangehörigen.

Was wir wollen!

Der Abschluß einer Bewegung oder eines Streiks ist stets der geeignete Moment, um Lehren für die Zukunft und zu neuen Kämpfen zu erhalten. Dazu gibt auch der letzte Kampf in unserm Gewerbe uns Gelegenheit. Der Streik, der aus der Ablehnung unserer Forderungen in den Würzburger Verhandlungstagen ausbrach, führte neben der materiellen Lohnforderung mit als Hauptpunkt die Beibehaltung der 46-Stundenzeit in den Tarifstädten. Hier in Berlin war die gesamte Kollegenchaft einmütig gewillt, von diesem Punkt nicht abzugehen. In allen Versammlungen trat dies durch einstimmige Annahme von dahinschreitenden Resolutionen zutage in der richtigen Erkenntnis, daß ein Herausheben der Arbeitszeit auf 48 Stunden ein Vorstoß des Kapitals gegen die 48-Stunden-Woche selbst bedeute. Erst einmal alle Arbeitnehmer zur 48-Stundenzeit gedrängt und dann fröhlich zum Kampf gegen die 48-Stunden-Woche selbst. Die in den Monaten vorher stattgefundenen Kämpfe in anderen Berufsgruppen hatten uns diese Taktik der Arbeitgeber gezeigt. In unserm Kampf nun drängten anscheinend besondere Gründe zu neuen Verhandlungen und zum Schluß zur Annahme des Reichsarbeitsministeriums. Der Spruch wurde gefällt und die 48-Stunden-Woche allgemein festgesetzt. Noch am selben Tage nahmen unsere verantwortlichen Instanzen diesen Entscheid an, und die Berliner Kollegenchaft war damit vor vollzogener Tatsache gestellt. Verschiedene Tarifausschuhvertreter versuchten diese Unterzeichnung damit zu rechtfertigen, daß sie von ihren Provinzkollegen dazu gedrängt worden seien. Dort verhielt sich der Standpunkt der Großstädte, um die 46-Stundenzeit zu kämpfen, sondern nur schnelle Lohnzulagen sei die Parole! Falls diese Behauptungen wahr sind, haben sie einen Riß gezeigt in den Beziehungen der Provinzstädte zu den Großstädten. Darum ist die Stunde da für uns, zu lernen, um uns gegenseitig näherzukommen.

Neue Kämpfe harren unser. Unsere wirtschaftliche Lage verschlechtert sich von Tag zu Tag. Wir müssen uns verstehen, um ein geschlossenes Ganzes zu bilden. Wo war eure Solidarität und Opferwilligkeit? Die Berliner Lokalkasse wurde sofort dem Verbandsvorstand für das Reich überlassen. Wir wollten mit Euch gemeinsam kämpfen und aushalten. Auch wir kämpften um Lohnzulagen, aber vor allem um die Arbeitszeit, die auch Euch zu Gute gekommen wäre. Habt Ihr dieses hohe gemeinsame Ziel nicht erkannt? Es geht nicht mehr um Lohnkämpfe. Alles ist eine Machfrage, also geht es um die politische Machtstellung des gesamten Proletariats. Die Stunde ist da, wo wir in keinen Lohnkämpfen immer mehr an die Wand gedrückt werden, wo wir aber als einiaes und geschlossenes Proletariat den Kampf mit Reaktion und Kapital aufnehmen müssen, um aus der fortschreitenden Verelendung herauszukommen. Das bedenk und Ihr werdet verstehen was wir wollen. Wir reichen Euch die Hand, denn wir wollen nicht zerfallen, wir wollen fruchtbringende Gewerkschaftsarbeit leisten und haben dasselbe Ziel wie Ihr. Rücksichtsloser Kampf gegen das Unternehmertum und dazu Ausbau unserer Organisation zu einem durch Wissen und Erkenntnis geschulten und disziplinierten geschlossenen Machtfaktor. Und der Verband soll kein bloßes Stimmennaterial haben, wohl aber ein energetisches, zielbewusstes Kampfmenschenmaterial. Das wollen wir! Wollt Ihr das auch, so ist der Riß überbrückt. Wir wollen uns verstehen lernen. Die Stunde der Not erfordert es: Gemeinsam uns zu bilden, Wissen und damit Macht zu erlangen, um gemeinsam zu neuen Kämpfen zusammenzustehen. Nicht dürfen wir uns gegenseitig in Stich lassen. Kampf um Sozialismus und Macht des Proletariats, dann winkt uns Rettung aus der Verelendung. Fort mit allen kleinlichen Bedenken, heraus aus der Gleichgültigkeit und politischen Trägheit. Fast 100 000 Mitglieder zählt unser Verband jetzt, so sollen es auch 100 000 aufgeklärte Kämpfer und Kämpferinnen sein, bereit Opfer zu bringen und sich als Machtfaktor in den kommenden wirtschaftlichen und politischen Kämpfen durchzusetzen. In der Stunde der Gefahr wollen wir uns einig finden, gewillt, alles zu wagen, um alles zu gewinnen. Das wollen wir! Es gilt jetzt mehr denn je das Wort: „Wir haben nichts zu verlieren, als unsere Ketten, aber wir haben eine ganze Welt zu gewinnen!“

Albert Fischer, Berlin.

Berichte.

Bielefeld. Die Versammlung vom 28. August hätte in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung, „Die letzten Lehtkämpfe im Gewerbe“, Vortragender Kollege Kornader, Hannover, besser besucht sein können. Alles mit dem verschiedenen Arbeitschluß zu entschuldigen, geht doch wohl nicht an. Und alles Kritisieren hat letzten Endes auch keinen Zweck, wenn es dabei bleibt. Einsetzen mit seiner ganzen Person für seine Ideale als Gewerkschafter, die Maßnahmen der Organisationsleitung unterstützen, nur das kann uns den gewünschten Erfolg bringen.

Kollege Kornader berichtete über den letzten Kampf im Buchbindergewerbe, besonders auch über die Entscheidung der 46-Stunden-Woche und beleuchtete ihn eingehend. Weiter ging er auch besonders auf die Schwierigkeit der beim letzten Kampf bestehenden Situation ein und bedauerte, daß es auch dieses Mal nicht gelungen sei, Bielefeld in eine höhere Ortsklasse zu bekommen. In der Diskussion, die sich manchmal recht stürmisch gestaltete, kam besonders die Erwitterung hierüber zum Ausdruck. Gefordert wurde von allen Rednern, den Kampf um die höhere Ortsklasse nicht aufzugeben. Betont wurde, daß der Verbandsvorstand die jetzige Situation hätte voraussehen und schon viel früher mit höheren Beträgen kommen müssen. Die Zulage beim letzten Lohnabkommen sei wiederum längst überholt, wie überhaupt mit Bedauern festgesetzt wurde, daß das graphische Gewerbe mit den Löhnen immer nachhüte. Statt Zweiteilung hätte die Zulage auf einmal erfolgen müssen. Die Differenz zwischen 1. und 4. Gehilfenjahr sei viel zu groß. Bedauert wurde von einem Kartonnager die große Lohnifferenz zwischen Facharbeitern beim Kartonnagertarif und Buchbindern beim Apriltarif.

Im Schlußwort ging Kornader auf alle Kritiken ein. Er eruchte die Anwesenden, nun erst recht alles für die Stärkung der Organisation zu tun, besonders auch auf die reifliche Bezahlung der Ertrbeiträge zu achten. Hergt teilte sodann noch die neuen Löhne mit. Die Lehrlingsentschädigungen sind pro Woche folgende: Im 1. Jahr der Lehre 180 Mt., im zweiten 185 Mt., im dritten 190 Mt. und im vierten Jahre 195 Mt. Ferien bekommen die Lehrlinge 4 Tage. Mit einem anfeuernden Schlußwort und mit dem Wunsche, für Ausbreitung und Stärkung der Organisation alles zu tun, schloß Kollege Kof die von gutem Geiste befeelte Versammlung.

Nürnberg-Fürth. Unsere vierteljährliche Hauptversammlung fand am 31. August statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden die im zweiten Quartal verstorbenen 6 Kollegen und Kolleginnen in üblicher Weise geehrt. Dem von Weinsäcker erstatteten Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Hochkonjunktur weiter angehalten hat und geübte Arbeitskräfte sehr gesucht sind. Leider ist auch die Teuerung im zweiten Quartal wieder schlimmer geworden. Hauptächlich in der zweiten Hälfte des Monats Juni brach eine sehr starke Teuerungswelle über uns herein, die zur Folge hatte, daß alle Lohnabkommen vor Ablauf geändert werden mußten. In der Wapppen-Industrie kletterten die Verhandlungen, was zum Streik führen mußte, der nach sechswochenliger Dauer erfolgreich beendet werden konnte. Ein neues zeitgemäßes Lohnabkommen konnte geschaffen werden. Die Haltung der Streikenden war eine musterhafte.

Die Verhandlungen zur Erneuerung des Reichstaris für das deutsche Buchbindergewerbe scheiterten ebenfalls, was zur Folge hatte, daß in einer größeren Anzahl Städte des Reiches Streiks größeren Umfangs ausbrachen. In Nordbayern war nur in einer Stadt ein Streik zu verzeichnen, der nach dreitägiger Dauer mit gutem Erfolg beendet werden konnte. An allen übrigen Plätzen unseres Gaues ist es gelungen, mit Wirkung vom 1. Juli provisorische Lohnerhöhungen zu erreichen, so daß unsere Kollegenchaft von Kämpfen verschont geblieben ist. Da muß aber auch verlangt werden, daß sich niemand weigert, die vier Ertrbeiträge zu leisten. Jedenfalls ist das eine Kleinigkeit im Vergleich zu den Opfern, die die im Kampfe gefallenen Kollegen und Kolleginnen gebracht haben.

Redner richtete einen dringenden Appell an alle Mitglieder zur Mitarbeit. Die Mitgliederzahl weist eine Zunahme von 327 auf, so daß am 1. Juli vorhanden waren 396 männliche, 2591 weibliche, zusammen 2987 Mitglieder. Zurzeit haben wir 3000 erheblich überschritten.

Der Kassenbericht lag vervielfältigt vor und gab Herber einige Erläuterungen dazu. Dann erhält die Ortsverwaltung Vollmacht, die Entschädigung der Einlassierer, sowie Sitzungsgelder jeder Art von Vierteljahr zu Vierteljahr den Verhältnissen entsprechend, neu festzusetzen. Ein Antrag, der die Lokalbeiträge ab 1. Oktober wie folgt festsetzt: Beitragsklasse I bis III 4 Mt., Beitragsklasse IV und V 6 Mt. pro Woche, wurde ebenfalls einstimmig gutgeheißen. Ueber „Organisatorische Zeitfragen“ referierte Herber, wobei

er ganz besonders darauf hinwies, daß ein aufmerksames Auge auf die Jugend gerichtet werden müsse, um diese zu tüchtigen Gewerkschaftsmittellern heranzubilden. Die Bildungsbefreiungen sind mit allen Mitteln zu unterstützen, so daß unsere Jugend mit guter und nützlicher Literatur versorgt wird. Auch muß die Jugend denjenigen Veranstaltungen zugelassen werden, die Garantie dafür bieten, daß wirklicher Nutzen den Besuchern erwächst. Nach Erledigung einer Reihe örtlicher Angelegenheiten richtet Kollege Keller noch aufmunternde Worte zur Mitarbeit auf allen Gebieten an die Versammlung.

Pforzheim. Die Feyer des 25jährigen Jubiläums als 1. Vorsitzender der Zahlstelle Pforzheim konnte am 20. August unser Kollege Fr. L. Mann begehen. Aus diesem Anlaß fand ein Ausflug der Kollegenschaft nach Unterreichenbach statt. Kollege Beck begrüßte die Erscheinenden, besonders unseren Kollegen Hauelsen sowie vom Gauvorstand den Kollegen Weiß-Stuttgart und die Kollegen und Kolleginnen von Karlsruhe, Bretten, Unterreichenbach und Pforzheim, die sich in stattlicher Zahl eingefunden hatten. Anschließend ergriff Kollege Hauelsen das Wort. Er überbrachte die Glückwünsche des Hauptvorstandes, auch begabte er der vielen und schweren Opfer, welche Kollege Mann während der 25 Jahre seiner Tätigkeit für die Organisation gebracht habe. Als Anerkennung überreichte er ihm die drei Bände der „Geschichte der Gewerkschaften“ in wunderbarem Einband. Zugleich überreichte er dem Kollegen und jetzigen Regierungsrat Dietrich ein kunstvoll gearbeitetes Gedichtblatt zu dessen 25jähriger Zugehörigkeit zum Verband. Hauelsen betonte noch, daß es nur durch die Mühsal der beiden Frauen der Jubilare möglich war, daß die Kollegen in ihrem Tun nicht erlahmten. Er sprach den Jubilaren sowie deren Frauen den Dank des Hauptvorstandes aus. Dann sprach Kollege Weiß vom Gauvorstand. Er übergab als Jubiläumsgeschenk an Kollegen Mann einiges für des Leibes Befriedigung, während Beck für die Zahlstelle Pforzheim an Mann eine silberne Tabakdose und an Dietrich einen Füllfederhalter überreichte. Die Glückwünsche der Zahlstelle Karlsruhe überbrachte Kollege Vogel. Glückwunschschriften waren eingegangen von den Kollegen Weinsäber-Nürnberg und Dürer in Jahr sowie Telegramme von den Zahlstellen Keuldingen, Ulm, Breslau, Stuttgart, Trossingen, Nürnberg und Währ. Weitere Geschenke wurden noch überreicht durch die Kollegen in Bretten und Unterreichenbach. Dann dankte Kollege Mann für die ihm zuteil gewordenen Ehrungen. Er gab einen Rückblick über die Entwicklung der Zahlstelle in den 25 Jahren seiner Tätigkeit. Dietrich sprach ebenfalls seinen Dank aus für die Ehrungen des Hauptvorstandes und der Kollegenschaft. Als weitere Gratulanten kamen noch hinzu Gewerkschaftssekretär Haarer, der die Glückwünsche des ADGB, sowie Kollege Krug, welcher im Namen der Partei die Glückwünsche übermittelte.

Zum Schluß hielt Mann noch eine längere Ansprache an die Versammelten und forderte sie auf, einig und treu zum Verband zu halten; in ein von ihm ausgebrachtes Verzeichnis Hoch auf das Wachsen und Gedeihen des deutschen Buchbinderverbandes stimmten die Anwesenden begeistert ein. Zum Schluß wurde recht fleißig das Tanzbein geschwungen. Erst spät, aber doch noch zu bald trennte man sich mit dem Wunsch, recht frohe Stunden im Kreise der Kollegen verbracht zu haben.

Rundschau.

Steigende Mitgliederzahlen. Die deutschen Gewerkschaften haben im zweiten Vierteljahr dieses Jahres in erfreulicher Weise an Mitgliedern zugenommen. Am Schlusse des ersten Vierteljahres hatten die dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsverband angeschlossenen freigewerkschaftlichen Arbeiterverbände im ganzen 7 864 079 Mitglieder (davon 1 646 338 weibliche). Diese Zahlen stiegen im zweiten Vierteljahr auf 7 979 238 (1 694 598). Die höchste Mitgliederzahl hatten die deutschen Gewerkschaften am Ende des zweiten Vierteljahres 1920, nämlich 8 144 981 (1 789 711). Damals war aber noch der im Laufe des vorigen Jahres aus dem ADGB ausgeschiedene Zentralverband der Angestellten mit 402 748 (186 745) Mitgliedern dabei. Zieht man dies in Betracht, so kommt man zu dem Schlusse, daß die Mitgliederzahl vom zweiten Vierteljahr 1922 die höchste ist, die der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsverband je erreicht hat.

Langfristige Erwerbslose. Nach Ermittlungen des Reichsarbeitsamts, die bis zum 1. Mai 1922 reihen, waren an diesem Tage unter etwa 140 000 Erwerbslosen rund 15 000, die länger als 6 Monate arbeitslos waren. Damit war an diesem Tage zugleich mit dem niedrigsten Stand der Erwerbslosen auch die geringste Zahl der langfristigen Erwerbslosen im Zeitraum der letzten 2 Jahre erreicht. Der höchste Stand der langfristigen Erwerbslosen war am 1. Oktober 1921 mit 62 000 zu verzeichnen, der sich dann ständig von Monat zu Monat verringerte. Dem Geschlecht nach waren von ihnen 71 bis 74 Proz. männlich und 26 bis 28 Proz. weiblich, so daß sich also die langfristigen Erwerbslosen regelmäßig in allen Monaten aus ¾ männlichen und ¼ weiblichen Personen zusammensetzten. — Die Feststellungen, inwieweit Erwerbsbeschränkte unter den langfristigen Erwerbslosen vorhanden waren, sind leider nur sehr unvollständig, da Groß-Berlin keine Angaben darüber gemacht hat. Mit dieser Einschränkung stieg die Zahl der Erwerbsbeschränkten unter den Vorgenannten im Januar 1922 bis auf 8,86 Proz., um dann am 1. Mai 1922 mit 4,2 Proz. den bisher günstigsten Stand zu erreichen.

Urlaubsregelung in Tarifverträgen. Eine der wichtigsten sozialen Errungenschaften in den Tarifver-

trägen ist zweifellos die Urlaubsregelung. Während eine solche Bestimmung vor dem Kriege noch zu den seltensten Ausnahmen zählte, ist jetzt die Ferienfrage fast in allen Tarifen geregelt. Soweit die amtlichen Feststellungen reichen, waren in den am 31. Dezember 1920 in Kraft stehenden 11 624 Tarifverträgen, die für 431 504 Betriebe mit 9 561 323 Personen galten, in 7640 Beträgen für 336 945 Betriebe und 7 883 672 Personen die Ferien tariflich geregelt. Es sind also für 82,5 Proz. aller beschäftigten Personen Bestimmungen über Urlaub tariflich geregelt. Die Mindestdauer des Urlaubs war für 40,2 Proz. der Beschäftigten 3 bis 6 Arbeitstage. Als Höchstdauer waren am meisten 6 bis 12 Arbeitstage festgesetzt. Im einzelnen betrug sie für 27,1 Proz. der Beschäftigten nur bis 6 Arbeitstage; für 20,4 Proz. Beschäftigte 12 bis 18 Arbeitstage und für 9,3 Proz. über 18 Arbeitstage. Natürlich wird und muß es das Bestreben der Gewerkschaften sein, auch für den noch nicht erfassten Teil der Arbeiterschaft die Ferienfrage so bald als möglich zu regeln.

Abrechnungen

vom 2. Quartal gingen weiter bis zum 4. September bei der Verbandskasse ein von: Schwerin 1400 Mt., Duisburg-Ruhrort 8000 Mt., Iserlohn 5000 Mt., Mülheim 878,61 Mt., Bonn 13 591 Mt., Wuppinger 18 000 Mt.

Noch nicht eingegangen sind die Abrechnungen von Danzig, Neubrand, Lissa, Torgau, Hanau, Kaiserslautern, Mainz, Mannheim-Ludwigshafen, Saarlouis, Erfurt, Gotha, Halle, Jüdenau, Jena, Merseburg, Nordhausen, Reichenau in Sachsen, Freiburg i. Br.

Die Gau- und Bezirksleiter werden dringend ersucht, auf die Verwirklichung der stümigen Zahlstellen ihres Bezirks einzuwirken, damit diese die rückständigen Abrechnungen nun schnellstens einliefern. Fr. Lender.

Adressenänderungen.

B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.
Kaufbeuren. Alle Postsendungen an F. Schmid, Kempter Tor 6 I, senden.
Nordhausen (Thür.). B.: H. Naumann, Bauvereinstr. 1; K.: F. Hesse, Gangerhäuser Straße 13.
Obligs (Rhd.). B.: Fr. Dinow, Obligs-Merseburg, Kaiserstr. 16; K.: Hans Stiens bei Besser, Obligs, Mühlstr. 49.

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse der Buchbinder und verwandten Geschäftszweige.

Die Generalversammlung der Kasse beschloß, allen ausgesetzten Kassenmitgliedern, soweit dieselben die Mitgliedschaft auch nach erfolgter Aussteuerung aufrecht erhalten haben, im Monat September eine besondere Unterstützung zuteil werden zu lassen. Die Mittel zu dieser Unterstützung sollen dem Fonds für Ausgesetzte entnommen werden. Die Unterstützungssumme soll für vollberechtigte Mitglieder in einheitlicher Höhe zur Auszahlung kommen und nach Eingang der entsprechenden Anträge vom Vorstand festgesetzt werden.

Nach dem derzeitigen Kassenbestand des Fonds für ausgesetzte Mitglieder wird für den einzelnen Unterstützungssatz ein Betrag in Höhe von etwa 400 bis 500 Mt. zur Verfügung gestellt werden können.

Wir ersuchen die Ortsverwaltungen, uns umgehend die Namen der ausgesetzten Mitglieder nebst deren genauer Zentralnummer zu melden. Die Auszahlung der Unterstützung darf erst auf unsere Anweisung erfolgen.

Der Vorstand der Zentralkrankenkasse.
 J. A. G. Zinke.

Verwaltungsstelle Berlin.

Samstags, den 23. September 1922, abends 7 1/2 Uhr, Köpenicker Straße 70a (bei Eifer)

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht der Delegierten von der Generalversammlung in Würzburg. 2. Diskussion. 3. Wahl der Ortsverwaltung. 4. Berichterstattung.
 A. H. Paul Schneider, Vorsitzender.

Linierer

erste Kraft, als Vertikaler am 1. Oktober gesucht. Bedingung: genaue Kenntnis der F. & Z.-Maschine, sowie Fertigung v. Extracachen und Partien.

Emil Jagert
 Berlin SW. 68.

Grüne u. blaue Buchbinderschärzen
 in Buchbinderkreisläufige, anerkannte Qualität liefert in Band oder Streifen 80/100 80/110, 80/120 sowie Webelapparat und Mandel in schwarzem, (fast braun) und indigoblau zum jeweiligen Tagespreis allerhöchst.

A. C. Vols
 Fabrikation u. Versteigerung.
 Stuttgart, Mollestr. 77 Tel. 2355.
 N. B.: Tägl. zahlreiche Anerkennung für v. m. Rundschau!

Tüchtiger **Goldschnittmacher** für dauernde Beschäftigung und sofortigen Eintritt gesucht. Stunden- oder Alltagslohn nach Tarif.
Buch- und Kunstverlag Carl Hirsch u. Co.
 Konstanz (Baden)

Herr Kurt Mann

aus Leipzig wird gebeten sofort seine Adresse an **Frh. Köbig, Leipzig-Co.,** Biedermannstr. 46, zu senden

Hebel-Beschneidemaschine

(65 cm Schnittlänge, Krause) sofort preiswert zu verkaufen.
 Berlin SO. 36,
 Garzer Straße 89.

Tüchtige Etuistischer

auf Schmucketuis für dauernde Beschäftigung stellen sofort ein

Bäumer-Werte, A.-G.,
 Abt. Magdeburg
 Magdeburg-Gracau.

Selbständig arbeitender

Linierer

auf Billige Modellmaschine sofort für dauernd gesucht.

Mellen & Bartenwerffer
 Geschäftsbüchereiabrt
 Altona-Ottensen.

Glattgold
 besonders ausgewähltes
Schmiltgold
 feinst seit 1840
 E. Röhms
 Glattgoldfabrik
 Augsburg 04

Etuistischer

für Silbererleichtungen und Westdetuis.

Herrn Rodmann
 Hannover, Auf der Inlet 3.

Etuismacher

möglichst auf Schmucketuis und Etalagen eingerichtet, suchen in dauernde Stellung:
J. & G. Gottwald,
 Etuisfabrik,
 Leipzig.

LEIM

Leder-, Knochen-, Mischleim

Fordern Sie Offerte m. Gratismustern ein
MarcusLissauer, Hamburg!
 Abt. Leimindustrie — Mönckebergstr. 5.

Seftdraht

wöchentlich 3 bis 500 Nits in blank, verzinkt oder verzinkt lieferbar.
Robert Haenisch,
 Berlin NW 39, Straßstraße 29.